

Inhaltsverzeichnis

1. Rezzo Schlauch	
2. Seitenwechsler im Überblick	
3. Seitenwechsel	
4. Bündnis 90/Die Grünen	
5. Wolfgang Clement	
6. WMP Eurocom	
7. EnBW	
8. BMW	

Rezzo Schlauch

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Rezzo Schlauch (* 4. Oktober 1947 in Gerabronn) Jurist und Politiker, ab 2005 tätig als Unternehmensberater, Wirtschaftsvermittler sowie Beirats- und Aufsichtsratsmitglied in verschiedenen Unternehmen, ehemals prominenter Politiker der [Grünen](#)

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	2
2 Vernetzungen	2
3 Wirken	3
3.1 Seitenwechsel	3
3.2 Nähe zur Autoindustrie	3
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
5 Einzelnachweise	4

Karriere

- ab 2005 Rechtsanwalt bei der Kanzlei [Prof. Mayer, Kambli, Schlauch & Kollegen](#)
- 2002–2005 Parlamentarischer Staatssekretär im Wirtschaftsministerium unter [Wolfgang Clement](#)
- 1998–2002 Bundesfraktionsvorsitzender der [Grünen](#)
- 1994–2005 Mitglied des Bundestages
- 1984–1994 Mitglied der Grünen des Landtages von Baden-Württemberg
- seit 1980: Mitglied von [Bündnis 90/Die Grünen](#)
- seit 1975: selbständiger Rechtsanwalt

Quelle: Internetauftritt Rezzo Schlauch ^[1]

Vernetzungen

- seit 2016: Mitglied des Aufsichtsrats der [WMP Eurocom](#) ^[2]
- seit 2012: Senior-Consult [ISPAT](#) - Agentur für Wirtschafts- und Investitionsförderung der türkischen Regierung ^[3]
- seit 2008: Mitglied des Aufsichtsrats der [Cortent Kommunikation AG](#) ^[4]
- seit 2008: Vorsitzender des Aufsichtsrats der [mwi AG](#)

- Mitglied des Aufsichtsrats [KWA Contracting AG](#) ^[5]
- Mitglied des [Zukunftsrat Deutsches Milchkontor](#) (Fusion Nordmilch/Humana)
- Mitglied des Beirates der [Deloitte & Touche GmbH](#)
- Senior-Advisor [Concilium AG](#)
- seit 2010: Geschäftsführender Gesellschafter der Manda-Panda Trade&Consult GmbH ^[6]
- Vice Chairman des Board American Bank of Investment ABI Bank Albanien
- Mitglied des Wirtschaftsverbandes [Unternehmensgrün](#) ^[7]

Früher:

- 2005-2010: Beiratsmitglied [EnBW](#)^[8]
- 2006-2008 Aufsichtsratsmitglied der [sprd.net AG](#) ^[9]
- 2009-2010: Mitglied im Aufsichtsrat bei [DIE CREW AG](#)^[10]
- 2010- : Mitglied des Beirats der [Goldgas LNG AG](#) ^[11]
- Beratungsmandat bei [WV Energie AG](#)

Quelle: Internetauftritt Rezzo Schlauch ^[12]

Wirken

Seitenwechsel

Unmittelbar nach Ablauf seines letzten politischen Mandats fand Rezzo Schlauch berufliche Anbindung in der Wirtschaft. Unter anderem wurde er Beiratsmitglied bei dem Energieriesen [Energie Baden-Württemberg](#) (EnBW). Das Unternehmen gehört zur Hälfte dem französischen Atomstromkonzern [EDF](#) und betreibt in Deutschland zwei [Atomkraftwerke](#). Der Atomkraftgegner Schlauch möchte sich in dieser Funktion angeblich für regenerative Energien stark machen.

Das mehrfache Aufsichtsratsmitglied sitzt seit 2008 auch im Aufsichtsrat von [Cortent](#), einer Berateragentur für Unternehmenskommunikation und Öffentlichkeitsarbeit. Auf seiner Homepage erklärt er seine post-politischen Berufsmotive damit, dass er seine „Wirtschaftskontakte im In- und Ausland“ nutzt, „um Türen zu öffnen und die zusammenzubringen, die spannende Verbindungen bilden und voneinander profitieren können.“^[13]

Im November 2016 wurde bekannt, dass Schlauch Aufsichtsrat der PR- und Lobby-Agentur [WMP Eurocom](#) wird.^[14]

Nähe zur Autoindustrie

Im Rahmen seiner Kandidatur zum Stuttgarter Oberbürgermeister 1996 äußerte sich Schlauch zur standortprägenden Automobilindustrie der badenwürttembergischen Landeshauptstadt. Während seine Partei die ansässige Branche meist kritisch betrachtet, wies er darauf hin, dass die Firma Daimler-Benz nicht nur große Luxuskarossen baue, sondern auch Kleinwagen produziere.^[15]

Im Jahr 2000 provozierte er seine damalige Partei als Fraktionsvorsitzender im Bundestag, indem er umstrittene Thesen zur Auto-Frage nachlegte. So müsse der "emotionale Anti-Reflex" der Grünen zum Auto überwunden werden und das Auto als Verkehrsmittel Nummer 1 akzeptiert werden.

Schlauch ist inzwischen keine Ausnahme mehr: Im Jahr 2009 wurde der grüne Ex-Außenminister **Joschka Fischer** Berater für **BMW**.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Berufliche Engagements Internetauftritt Rezzo Schlauch](#), abgerufen am 30.11.2016
2. ↑ [Der ehemalige Grünen-Politiker Rezzo Schlauch fängt bei Agentur von Ex-Bild-Chef Tiedje an](#) Meedia.com am 24.11.2016, abgerufen am 30.11.2016
3. ↑ [Türkei wirbt um Mittelständler](#) SWP.de am 13.03.2012, abgerufen am 30.11.2016
4. ↑ [Internetauftritt Cortent](#) abgerufen am 30.11.2016
5. ↑ [Internetauftritt KWA](#) abgerufen am 30.11.2016
6. ↑ [Handelsregisterauszug Rezzo Schlauch](#) am 07.04.2010, abgerufen am 30.11.2016
7. ↑ [Mittelständler: Falscher Kurs Apple: Frohe Botschaft Vobis: Überraschender Abschied](#) Zeit Online am 25.10.1996, abgerufen am 30.11.2016
8. ↑ [Einstieg ins Gasgeschäft](#) Stuttgarter Zeitung vom 19.08.2010, abgerufen am 30.01.2014
9. ↑ [Peter Voß fragt Rezzo Schlauch"Die Grünen - rot, bis sie schwarz werden?"](#) 3sat.de am 21.01.2013, abgerufen am 30.11.2016
10. ↑ [Aufsichtsrat Rezzo Schlauch tritt zurück](#), rezzoschlauch.de, abgerufen am 30.11.2016
11. ↑ [Goldgas nimmt Ex-Grünen Rezzo Schlauch an Bord](#) StromPrinz, abgerufen am 30.11.2016
12. ↑ [Berufliche Engagements Internetauftritt Rezzo Schlauch](#), abgerufen am 30.11.2016
13. ↑ [Internetauftritt Rezzo Schlauch](#), abgerufen am 30.11.2016
14. ↑ [Der ehemalige Grünen-Politiker Rezzo Schlauch fängt bei Agentur von Ex-Bild-Chef Tiedje an](#) Meedia.com am 24.11.2016, abgerufen am 30.11.2016
15. ↑ [„Nicht mehr David Schlauch gegen Goliath Rommel“](#), Stuttgarter Zeitung, 24. August 1996, zitiert in: [Dissertation von Markus Hoecker](#) (2005), S. 78, abgerufen am 06. April 2010

Seitenwechsler im Überblick

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsler in Deutschland im Überblick](#)

Seitenwechsel

Weiterleitung nach:

- [Seitenwechsel und Karenzzeiten \(Überblick\)](#)

Bündnis 90/Die Grünen

Inhaltsverzeichnis

1 Positionen zu Lobbyismus	5
1.1 Bundestagswahl 2025	5
1.2 Bundestagswahl 2021	6
1.3 Bundestagswahl 2017	6
1.4 Bundestagswahl 2013	6
1.5 Bundestagswahl 2009	7
2 Finanzierung	7
2.1 Rechenschaftsberichte	7
2.2 Top-Spender	8
2.3 Gesamteinnahmen	9
2.4 Sponsoring	10
3 Grüner Wirtschaftsdialog / Wirtschaftsvereinigung der Grünen	10
4 Seitenwechsler:innen	10
5 Weiterführende Informationen	11
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	11
7 Einzelnachweise	11

Positionen zu Lobbyismus

Bundestagswahl 2025

Die Grünen versprechen in ihrem Programm für die Bundestagswahl 2025 eine Deckelung der Parteispenden und wollen diese auch für „Besitzer großer Online-Plattformen“ geltend machen. Sie geben an, die „systematische Unterstützung von Organisationen an Parteien“ klarer regulieren zu wollen. Weiterhin sollen Parlamentsarbeit und Gesetzgebungsverfahren transparenter gestaltet werden, indem Lobbytreffen der Regierung und der Europäischen Kommission öffentlich einsehbar gemacht werden. Außerdem sollen Sitzungen von Fachausschüssen öffentlich stattfinden und gestreamt werden. Weiterhin fordern Die Grünen eine Erhöhung der **Karenzzeit** für ehemalige Regierungsmitglieder. Außerdem will sich die Partei für „unabhängige Kontrollen“ der geltenden Regeln einsetzen. In welcher Form diese stattfinden sollen, bleibt jedoch unklar.^{[1][2]}

Unter der Ampel-Regierung (SPD, Grüne, FDP) kam es 2023 zu umfassenden Reformen der Lobbyregeln. Diese betreffen die Verschärfung des Lobbyregisters, die Transparenz der Gesetzgebung („exekutiver Fußabdruck“), die Verschärfung der Regeln für Seitenwechsler:innen, sowie eine Reform des Parteiengesetzes u.a. zur Wahlkampffinanzierung (siehe [Lobbyreport 2024](#)). Organisationen wie LobbyControl und Abgeordnetenwatch sehen aber weiterhin [Handlungsbedarf](#).

Bundestagswahl 2021

Mit einem Wahlergebnis von 14,8% der Zweitstimmen begeben sich die Grünen in eine Ampelkoalition mit SPD (25,7%) und FDP (11,5%).^[3]

Annalena Baerbock ist Bundesministerin des Auswärtigen, Robert Habeck Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz. Cem Özdemir (Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft), Anne Spiegel (Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend), Steffi Lemke (Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz).

Im Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2021 kündigen die Grünen an, zur Stärkung des Gemeinwohls Lobbyismus transparenter machen zu wollen. Das seit Januar 2022 bestehende [Lobbyregister](#) wollen sie für die Bundesregierung, die Bundesministerien und den Bundestag nachschärfen und die vielen Ausnahmen der Eintragungspflicht für "maßgebliche Akteur*innen abschaffen."^[4]

Einsetzen möchten die Grünen einen **legislativen Fußabdruck**, um die Beeinflussung von Gesetzesentwürfen abzuzeichnen. Zudem sollen Interessenkonflikte "stärker in den Blick"^[5] genommen und der Wechsel zwischen Politik und Wirtschaft behandelt (**Karenzzeit**) werden.

Bundestagswahl 2017

Die Grünen setzen sich aus der Opposition heraus seit vielen Jahren für eine stärkere Lobbykontrolle und mehr Transparenz ein. In der aktuellen Wahlperiode brachten sie gemeinsam mit der Linken einen Antrag zur Einführung eines verpflichtenden Lobbyregisters ein. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Großen Koalition abgelehnt.^[6] Auch kritisierten die Grünen, dass bei der Reform des Parteiengesetzes Ende 2015 lediglich ein kleines Schlupfloch gestopft wurde und größere bekannte Missstände nicht angegangen wurden. Bei der Aufarbeitung des Cum/Ex-Steuerkandals engagierten sich die Grünen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss stark und arbeiteten heraus, wie intransparente und einseitige Lobby-Einflussnahme das Problem verschärfte.

Bündnis 90/Die Grünen legen seit 2012 im Gegensatz zu CDU/CSU, SPD und FDP freiwillig offen, wie viel sie durch Sponsoring etwa bei Parteitag einnehmen und woher das Geld stammt.

Die allgemein zu mehr Transparenz und Lobbykontrolle aufgeschlossene Haltung der Grünen spiegelt sich auch im Wahlprogramm wider. So fordern die Grünen ein verpflichtendes Lobbyregister sowie eine Legislative Fußspur, die konkrete Einflüsse auf die Gesetzesformulierung in den Ministerien sichtbar macht. Darüber hinaus sollen die Ausschüsse des Bundestages öffentlich tagen.^[7]

Bei der Parteienfinanzierung streben die Grünen eine Absenkung der Veröffentlichungsschwellen für Spenden an. Für Parteisponsoring sollen vergleichbare Regeln gelten. Zusätzlich soll es eine jährliche Obergrenze für Spenden geben. Spenden von Unternehmen oder Verbänden wären verboten. Sie könnten die Parteien demnach nur noch durch Sponsoring unterstützen, das dann aber immerhin transparent nachvollziehbar.

Bundestagswahl 2013

Bündnis 90/Die Grünen gehen in ihrem [Bundestags-Wahlprogramm 2013](#) im Kapitel M „Demokratie erneuern“ (ab S. 204) auf alle von uns angesprochenen Forderungen ein. Die Grünen schlagen vor:

- ein verpflichtendes Lobbyregister

- für ausscheidende Regierungsmitglieder und „Führungspersonal in Ministerien“ soll eine Karenzzeit eingeführt werden, während der „keine Lobbyarbeit auf dem gleichen Feld“ ausgeübt werden darf
- Parteienfinanzierung: Laut Wahlprogramm wollen die Grünen „mehr Transparenz und schärfere Regeln bei der Parteienfinanzierung“
- die „Transparenzregeln über Nebeneinkünfte von Abgeordneten“ sollen „verbessert“ werden
- Abgeordnetenbestechung soll „konsequent“ unter Strafe gestellt werden
- Mitarbeit von Lobbyisten in Ministerien soll beendet werden

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2013 hat [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien um Stellungnahme gebeten. Sie sollten Auskunft darüber geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, Abgeordnetenkorruption und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die ausführliche Auswertung der Antworten der Parteien findet sich auf der Seite von [LobbyControl](#).^[8]

- Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften von Bündnis90/Die Grünen

Die Grünen teilen in vielen Punkten die Forderungen von [LobbyControl](#). Wie bei der Linken gibt es unterschiedliche Vorstellungen, wie bei der Parteienfinanzierung die Einflussnahme finanzstarker Interessen minimiert werden kann. Die Vorschläge zur Karenzzeit könnten konkreter und weitreichender sein.

Bundestagswahl 2009

Mit Blick auf die Bundestagswahl 2009 hatte [LobbyControl](#) die fünf Bundestags-Parteien ebenfalls um Stellungnahme gebeten. Sie sollten darüber Auskunft geben, was sie zu den Themen Einführung eines [Lobbyregisters](#), [Karenzzeiten](#) („Abkühlphasen“) für scheidende Politiker, [Lobbyisten in Ministerien](#) und [Nebeneinkünfte von Abgeordneten](#) nach der Wahl tun werden. Die vollständigen Antworten der Parteien und eine detaillierte Auswertung finden sich auf der Webseite von [LobbyControl](#).^[9]

- Das Fazit von [LobbyControl](#) zu den Auskünften der Grünen lautete:

Die Grünen setzen sich für ein Mehr an Transparenz ein; es gibt viele Übereinstimmungen mit den Forderungen von [LobbyControl](#), in einigen Punkten bleiben sie aber vager oder schwächer.^[10]

Finanzierung

Die Grünen erhielt seit dem Jahr 2000 insgesamt 97.828.510,74 Euro an Großspenden von jeweils über 10.000 Euro, davon 8.943.883,96 Euro von Unternehmen und Wirtschaftsverbänden. Mit Blick auf Lobbyeinflüsse bedenkliche Einnahmen kommen zudem durch [Parteisponsoring](#) zustande, das in den Rechenschaftsberichten jedoch nicht gesondert ausgewiesen wird. Ein Überblick über die gesamten Finanzierungsquellen der Parteien findet sich im Artikel [Parteienfinanzierung](#).

Rechenschaftsberichte

Die Parteien müssen nach dem deutschen Parteispendinggesetz § 23 ff. Rechenschaft für ihre Finanzen ablegen, indem sie einen Rechenschaftsbericht verfassen, der von der Bundestagsverwaltung geprüft und veröffentlicht wird. Diese Rechenschaftsberichte werden erst im jeweils übernächsten Jahr veröffentlicht. Sie enthalten u.a. alle Spenden ab einer Grenze von 10.000€. Spenden unterhalb dieser Grenze bleiben in Deutschland intransparent.

Rechenschaftsberichte der Grünen ab 2012

nach Jahren sortiert
Rechenschaftsbericht 2012
Rechenschaftsbericht 2013
Rechenschaftsbericht 2014
Rechenschaftsbericht 2015
Rechenschaftsbericht 2016
Rechenschaftsbericht 2017
Rechenschaftsbericht 2018
Rechenschaftsbericht 2019
Rechenschaftsbericht 2020
Rechenschaftsbericht 2021
Rechenschaftsbericht 2022
Rechenschaftsbericht 2023
Rechenschaftsbericht 2024

Top-Spender

Im April 2021 erhielten die Grünen eine Rekord-Spende in Höhe von 1.000.000 € von einem Bitcoin-Investor. ^[11]

Die 10 Topspender der Grünen in den Jahren 2020-2024 waren:

Spender	Summe	Zusammensetzung
Steven Schuurman	1.250.000 €	
Moritz Schmidt	1.000.300 €	
Antonis Schwarz	569.950 €	
Ehepaar Schrag	399.142,16 €	Spenden von Hermann und Ursula Schrag
Sebastian Schels	250.000 €	
Gesamtmetall (Regionalverbände und Bundesverband)	290.005 €	Spenden von METALL NRW, Südwestmetall, VBM Verband der Bayerischen Metall- und Elektroindustrie, Gesamtmetall Gesamtverband der Arbeitgeberverbände der Metall- und Elektro-Industrie e.V.
Frank Hansen	172.100 €	
Campact e.V.	233.300 €	
Deutsche Vermögensberatung	256.001 €	
Per Fragemann	133.128,04 €	

Weitere Spender der Grünen sind über unsere [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Gesamteinnahmen

Die **Gesamteinnahmen von Bündnis90/Die Grünen** setzten sich in den letzten Jahren wie folgt zusammen:

Art der Einnahmen /Jahr	2024		2023		2022		2021		2020		2019	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	29,2 3	24,0 7	25, 3	28,4 9	24,8 2	29,6 2	22,5 1	25,9 4	18,8 3	28,5 1	15,2 2	25,5 0
Mandatsträgerbeiträge	20,7 0	17,0 5	20,4 1	22,9 8	19,9 9	23,8 5	16,9 5	19,5 3	12, 5	18,8 5	11, 1	18,5 1
Spenden von natürlichen Personen	12,3 5	10,1 7	5,4 6	6,1 5	4,8 4	5,7 7	12,9 8	14,9 6	5,8 8	8,9 1	5,8 5	9, 8
Spenden von juristischen Personen	1,1 6	0,9 6	0,6 3	0,7 2	0,6 9	0,8 3	1,4 4	1,6 6	0,6 9	1,0 5	0,7 8	1,2 1
Aus Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0 0	0,0 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0	0, 0
Aus sonstigem Vermögen	0,7 3	0,6 0	0, 3	0,3 4	0,1 2	0,1 4	0,1 3	0,1 5	0,1 7	0,2 5	0,1 5	0,2 5
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	1,1 1	0,9 2	1,0 5	1,1 8	0,8 9	1,0 7	0,4 9	0,5 7	0,4 5	0,6 8	1,0 1	1, 7
Staatliche Mittel	42,8 5	35,3 0	32,6 3	36,7 4	29,6 9	35,4 3	30,0 9	34,6 8	25,6 2	38,7 9	23,9 9	40,1 9
Sonstige	13,2 7	10,9 3	3,0 2	3, 4	2,7 5	3,2 9	2,1 8	2,5 1	1,9 6	2,9 6	1, 7	2,8 4
Summe	121,4 Mio € 88,8 Mio € 83,8 Mio € 86,78 Mio € 66,05 Mio € 59,7 Mio €											

Art der Einnahmen /Jahr	2018		2017		2016		2015		2014		2013	
	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %	in Mio €	Anteil in %
Mitgliedsbeiträge	11,3 4	23,4 2	9,7 8	22, 5	9,0 8	21,4 9	8,8 6	22,1 5	8,7 9	21,1 7	8, 7	21,7 3
Mandatsträgerbeiträge	9,9 6	20,5 3	9,7 3	22,3 9	9,7 4	23,0 3	9,6 3	24,0 9	9,1 5	23,0 6	8,9 9	22,3 8
Spenden von natürlichen Personen	4, 2	8,6 7	4,9 1	11,2 9	4,4 3	10,4 8	3,6 1	9,0 3	4,0 1	10,3 1	4,2 8	10,6 7
Spenden von	0,6	1,3	0,9	2,2	0,	1,6	0,5	1,4	0,6	1,6	0,	1,7

juristischen Personen	6	6	6	1	7	6	8	5	6	6	7	4
Aus												
Unternehmenstätigkeit und Beteiligungen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,00	0	0,00	0,0	0,00	0
Aus sonstigem Vermögen	0,0	0,0	0,1	0,3	0,1	0,2	0,1	0,3	0,1	0,3	0,1	0,3
Aus Veranstaltungen, Publikationen und Sponsoring	0,8	1,7	0,6	1,5	0,8	2,1	0,6	1,6	0,6	1,5	0,0	2,
Staatliche Mittel	5	4	2	9	5	8	0	5	1	6	5	5
Sonstige	1,4	3,0	1,4	3,2	1,4	4,	1,4	3,5	1,3	3,5	1,	3,5
Summe	7	4	3	9	7	8	3	9	4	2	4	1
	48,44 Mio €	43,47 Mio €	42,27 Mio €	40,00 Mio €	39,67 Mio €	40,15 Mio €						

Quellen:^[12]^[13]

Anmerkung: Die Angaben sind aufgerundet, Beispiel: Die Mandatsträgerbeiträge an Bündnis 90/Die Grünen im Jahr 2020 beliefen sich auf 12,449 Mio € und wurden auf 12,5 Mio € aufgerundet.

Sponsoring

Einnahmen aus [Parteisponsoring](#) und Standgebühren veröffentlicht Bündnis90/Die Grünen [hier](#).

Grüner Wirtschaftsdialog / Wirtschaftsvereinigung der Grünen

Der Verein [Grüner Wirtschaftsdialog](#), gegründet im Dezember 2018, und die [Wirtschaftsvereinigung der Grünen](#), gegründet im April 2023, werden fusionieren, falls die Mitglieder im Sommer 2024 zustimmen. Danach wird nur noch der Namen "Wirtschaftsvereinigung der Grünen" geführt. Es mache keinen Sinn, dass zwei Organisationen am gleichen Ziel arbeiten, nämlich Brücken zwischen der Wirtschaft und der Partei Bündnis 90/Die Grünen zu bauen, meinte Thomas Fischer, Vorsitzender der Wirtschaftsvereinigung.^[14] Die Verbindungen zur Partei sind bei der Wirtschaftsvereinigung ausgeprägter als beim „Wirtschaftsdialog“. Im politischen Beirat^[15], der beibehalten wird, sitzen grüne Mitglieder des Bundestages, des Europaparlaments, Landesminister. Vorsitzende des Beirats sind die jeweiligen Parteivorsitzenden. Christina Deckwirth von LobbyControl findet es „enttäuschend“, dass der Beirat beibehalten wird. „Das schafft eine enge Verbindung zwischen dem Lobbyverband und grünen Politiker*innen, die die Gefahr von Interessenkonflikten mit sich bringt.“^[14]

Seitenwechsler:innen

Eine Auflistung von [Politiker:innen von Bündnis90/Die Grünen, die in die Privatwirtschaft gewechselt sind und in die Kategorie Seitenwechsler:innen fallen](#)

Weiterführende Informationen

- [Allgemeine Informationen zur Parteienfinanzierung auf der Webseite des Bundestages](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Regierungsprogramm 2025](#), gruene.de, abgerufen am 18.02.2025
2. ↑ [Transparenz-Check der Parteien zur Bundestagswahl 2025](#), abgeordnetenwatch.de, 31.01.2025, abgerufen am 18.02.2025
3. ↑ [\[1\]](#), der Bundeswahlleiter, amtliches Endergebnis, abgerufen am 17.12.2021
4. ↑ [Wahlprogramm Die Grünen Bundestagswahl 2021](#), gruene.de, abgerufen am 24.12.2021.
5. ↑ [Wahlprogramm Die Grünen Bundestagswahl 2021](#), gruene.de, abgerufen am 24.12.2021.
6. ↑ [Kurzbericht: Bundestagsanhörung zum Lobbyregister](#) Webseite von LobbyControl vom 17.05.2016, abgerufen am 25.08.2017
7. ↑ [Programm von Bündnis 90/Die Grünen zur Bundestagswahl 2017, pdf \(1,9 MB\)](#), abgerufen am 25.08.2017
8. ↑ [Wahlprüfsteine 2013 - Wie wollenn die Parteien Lobbyismus kontrollieren?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 20.9.2013
9. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Webseite von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
10. ↑ [Wahlprüfsteine - Was wollen die Parteien zum Thema Lobbyismus tun?](#), Website von LobbyControl, abgerufen am 11.11.2010
11. ↑ [Grüne erhalten Rekord-Spende von Bitcoin-Millionär](#) DER SPIEGEL vom 14.04.2021, abgerufen am 16.04.2021
12. ↑ [Rechenschaftsberichte der Bundestagsparteien](#), bundestag.de, abgerufen am 28.07.2022
13. ↑ [Bündnis 90/Die Grünen. Rechenschaftsbericht für das Jahr 2021](#) cms.gruene.de, abgerufen am 05.02.2023
14. ↑ ^{14.014.1} [Doppelt hält schlechter](#) taz.de am 30.05.2024, abgerufen am 30.05.2024
15. ↑ [über uns/politischer Beirat](#) www.wirtschaftsvereinigung, abgerufen am 30.05.2024

Wolfgang Clement

Seitenwechsel



- [Seitenwechselliste](#)
- [Was ist das Problem?](#)

Wolfgang Clement (* 7. Juli 1940 in Bochum; † 27. September 2020 in Bonn) war Repräsentant der Unternehmerorganisation [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM), ab 2006 Lobbyist und Mitglied in Aufsichts- oder Beratungsgremien verschiedener Unternehmen, Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#), SPD-Politiker, NRW-Ministerpräsident und Bundeswirtschaftsminister in der Regierung [Gerhard Schröder](#).

Inhaltsverzeichnis

1 Karriere	12
1.1 (Neben-)Beruflich	12
1.2 Partei/ staatliche Mandate und Ämter	13
2 Verbindungen	13
2.1 Seitenwechsel	14
3 Zitate	15
4 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	15
5 Einzelnachweise	15

Karriere

(Neben-)Beruflich

- 2006-2016 Mitglied im Aufsichtsrat der DIS Deutscher Industrie Service AG^[1]
- seit 01/2016 Mitglied des [Wirtschaftsforums der FDP](#) ^[2]
- 2014 Ludwig-Erhard-Preis für Wirtschaftspublizistik der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#)^[3]
- seit 07/2012 Vorsitzender des [INSM-Kuratoriums](#)^[4]
- seit 07/2011 Aufsichtsratsmitglied der Deutsche Wohnen AG^[5]
- seit 01/2011 Mitglied des Stiftungsrats der Dussmann-Gruppe^[6]
- seit 2009 Aufsichtsratsmitglied des russischen Beratungsunternehmens Energy Consulting^[7], der Investmentgesellschaft [Lahnstein Middelhoff & Partners LLP](#), Werbefigur der [Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft](#) (INSM)
- seit 2008 Vorsitzender des Beirats der [PKS Kommunikations- und Strategieberatung GmbH](#) (frühere Bezeichnung: PKS Wirtschafts- und Politikberatung GmbH)
- Ehrenvorsitzender des wissenschaftlichen Beirats des [Frankfurter Zukunftsrats](#)^[8]
- Mitglied des Beirats der [Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH](#) (RSBK)^[9]

- seit 2008 Aufsichtsratsmitglied der Versatel AG^[10] und der Daltrup & Söhne AG^[11], Vorsitzender des EU-Russland-Forums^[7]
- seit 2006 Vorstandsvorsitzender der Denkfabrik **Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit**^[12], der Landau Media AG^[13], Beiratsmitglied bei Wolters Kluwer Germany^[14]
- seit 2011 Mitglied des Stiftungsrats der Peter Dussmann-Stiftung^[15]
- 2006 - 2016 Mitglied im Aufsichtsrat der RWE Power AG^[16]
- 2006 - 1/2009 Mitglied des Aufsichtsrats des Zeitungsverlags M. DuMont Schauberg^[17]
- 2006-2008 Mitglied der Lobbygruppe **Konvent für Deutschland** (KfD)
- seit 2005 Mitglied des Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG^[18]
- 2000-2002 Kurator der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** (INSM)^[19]
- bis 1992 Aufsichtsratsmitglied bei der RWE-Tochtergesellschaft Rheinbraun
- 1987-1989 Chefredakteur der Hamburger Morgenpost
- 1968-1981 politischer Redakteur, Ressortleiter und stv. Chefredakteur der Westfälischen Rundschau^[20]

Partei/ staatliche Mandate und Ämter

- 2008 Austritt aus der SPD
- 2002-2005 **Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit**
- 1999-2005 Stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender
- 1998-2002 **NRW-Ministerpräsident**
- 1996-2001 Stellvertretender SPD-Landesvorsitzender (NRW)
- 1995-1998 Minister für Wirtschaft und Mittelstand, Technologie und Verkehr (NRW)
- 1993-2002 NRW-Landtagsmitglied
- 1990-1995 Minister für besondere Aufgaben (NRW)
- 1989-1995 Chef der Staatskanzlei NRW
- 1985-1986 stellvertretender SPD-Bundesgeschäftsführer
- 1970 Eintritt in die SPD

Verbindungen

Weitere Funktionen: **BürgerKonvent**, **Bonn Comm**, Mentor des Mittelständler-Förderprojektes "Top Job - Die besten Arbeitgeber im deutschen Mittelstand".^[21]

Mit seinem Mitstreiter der **Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft** **Friedrich Merz** veröffentlichter er im April 2010 das Buch „Was jetzt zu tun ist. Deutschland 2.0“, das allerdings über den Tag hinaus kaum Beachtung fand.^[22]

Seitenwechsel

Nachdem Wolfgang Clement als Minister tiefgreifende Arbeitsmarktreformen vorgenommen hatte und in dieser Zeit die Leiharbeitsbranche in vielerlei Hinsicht begünstigte^[23], wechselte er nicht einmal ein Jahr nach Ende der rot-grünen Koalition in den Aufsichtsrat der Zeitarbeitsfirma **Deutsche Industrie Service AG (DIS AG)**. Als diese vom schweizerischen Konkurrenten **Adecco** übernommen worden war, wurde er zum Vorsitzenden der firmeneigenen Denkfabrik **Adecco Institut zur Erforschung der Arbeit** berufen^[24]. Von 2006 bis 2008 war er zudem Mitglied im **Konvent für Deutschland (KfD)**, einer elitären wirtschaftsnahen Lobbygruppe, die eine „Reform der Reformfähigkeit“ propagiert, mit dem Ziel eines schlanken und wettbewerbsorientierten Staates mit reduzierten Sozialsystemen.^[25]

2006 wurde Clement in den Aufsichtsrat der **RWE-Kraftwerkstochter RWE Power AG** gewählt.^[26] Als Wirtschaftsminister konnte er maßgeblichen Einfluss auf Regierungsbeschlüsse und Gesetze nehmen, die die Energiebranche und somit auch RWE betrafen; auffällig dabei war sein besonderer Einsatz für Kohlesubventionen^[27] „Ein Posten im Aufsichtsrat als Dank für besondere Verdienste?“, spekuliert die taz.^[28] Clement unterzeichnete im August 2010 den "Energiepolitischen Appell" der Atomlobby für eine AKW-Laufzeitverlängerung und fand die Kernkraft auch nach Fukushima gut.^[29]

Zudem sorgte Clement nach seiner Amtszeit für Wirbel, als er innerparteilich quer schoss indem er sich im Vorfeld der Landtagswahl in Hessen 2008 gegen eine Wahl der SPD-Spitzenkandidatin **Andrea Ypsilanti** aussprach; Ypsilanti steht Kohle- und Atomkraft ablehnend gegenüber. Daraufhin forderten einige Parteigenossen Clements Parteiaustritt: "Wolfgang Clement missbraucht seine frühere Führungsrolle in der SPD, indem er sie nun als bezahlter Lobbyist in klingende Münze umsetzt", zitiert Spiegel-Online Hermann Scheer, damals SPD-Kandidat für das Amt des hessischen Wirtschafts- und Umweltministers.^[30]

Es gibt weitere Beigeschmäcke, denn bereits zu seiner Zeit als NRW-Ministerpräsident nährte sich der Verdacht, Clement würde in dieser Funktion bewusst im Interesse der Energiewirtschaft - speziell des RWE-Konzerns - handeln, als er sich Ende 1999 gegen die Ökosteuern stemmte, oder beispielsweise im Jahre 2000 die Genehmigung des umstrittenen Braunkohletagebaus Garzweiler II in seinen ministeriellen Verantwortungsbereich fiel. Davon profitierte die RWE-Tochtergesellschaft "Rheinbraun", bei der Clement bereits bis 1992 im Aufsichtsrat saß.^{[31][32]}

Clement leugnet seine Verbundenheit mit der Energiebranche nicht und sieht darin auch rückblickend keinen Interessenskonflikt mit seinen politischen Mandaten bzw. Ämtern: *„Ich habe vorher wie nachher schon seit 1990 - soll ich deshalb einem Berufsverbot unterliegen -, schon in den 90er Jahren für Garzweiler die Braunkohle gefochten. Das habe ich aber früher auch schon als Journalist getan und werde ich auch in Zukunft tun. Es zeigt sich, dass es richtig war.“*^[33]

Von Juni 2006 bis Januar 2009 war Clement Mitglied des Aufsichtsrats des viertgrößten deutschen Verlags M. DuMont Schauberg (Kölner Stadt-Anzeiger, Frankfurter Rundschau, Berliner Zeitung, Mitteldeutsche Zeitung)^[34] Clement hatte sich im Jahr 2003 mit aller Macht für eine Aufweichung der Pressefusionskontrolle eingesetzt, die es den Großverlagen erheblich erleichtert hätte, kleinere Verlage zu erwerben. Das Bundeskartellamt^[35], der Wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium^[36] und die **Monopolkommission**^[37] lehnten die Pläne ab, weil sie konzentrationsfördernd wirkten und die Pressevielfalt gefährdeten. Auch die CDU und die FDP-Landeswirtschaftsminister sahen in Clements Vorhaben eine Bedrohung der Pressevielfalt.^[38] Die öffentliche Kritik des Bundeskartellamtes als einer dem

Wirtschaftsministerium nachgeordneten Behörde empörte Clement so sehr, dass er als einziger Wirtschaftsminister dem Amt keinen Antrittsbesuch abstattete. Dieses sah sich dem Schutz des Wettbewerbs verpflichtet und nicht seinem die Interessen der Großverlage bedienenden obersten Dienstherrn. Nachdem der Bundestag die Neufassung des Pressefusionsrechts im März 2005 beschlossen, der Bundesrat aber im April mit Unionsmehrheit dagegen votiert hatte, scheiterte das mehrfach modifizierte Vorhaben endgültig im Vermittlungsausschuss.

Zitate

„Ich werde übrigens noch mehrere Mandate wahrnehmen, damit ich das gleich deutlich hinzugefügt habe. [...] Da können sich manche Leute darüber das Maul zerreißen. Das wird mich nicht sonderlich beschäftigen.“^[39]

„[...] unnachgiebige Konsequenz gegenüber jenen ‚schwarzen Schafen‘, die sich Leistungen erschleichen wollen, das gehört auch zur Gerechtigkeit im Sozialstaat.“^[40]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Pressemitteilung der DIS AG](#), abgerufen am 17.05.2017
2. ↑ [Tobias Scholl: Mut und Lust auf die Gestaltung der Zukunft](#), *elde Liberale Depesche 01/2016*, S. 11, abgerufen am 05. 04. 2016
3. ↑ [Preisverleihung 2014](#), Website der Ludwig-Erhard-Stiftung, abgerufen am 17.05.2017
4. ↑ [Wolfgang Clement übernimmt Vorsitz des INSM-Kuratoriums](#), insm.de vom 04.07.2012, abgerufen am 06.07.2012
5. ↑ [Lebenslauf von Wolfgang Clement auf der Website der Deutsche Wohnen AG](#), abgerufen am 01.06.2017
6. ↑ [Der Stiftungsbeirat der Dussmann-Gruppe](#), dussmanngroup.com, abgerufen am 17.05.2017
7. ↑ ^{7,07,1} [Wolfgang Clement wird Energie-Berater in Russland](#), welt.de, abgerufen am 17.05.2017
8. ↑ [Wissenschaftlicher Beirat des Frankfurter Zukunftsrats](#), frankfurter-zukunftsrat.de, abgerufen am 17.05.2017
9. ↑ [Beirat der Rudolph Scharping Strategie Beratung Kommunikation GmbH](#), rsbk.de, abgerufen am 17.05.2017
10. ↑ [Dirk Niebel: Wenn Politiker die Seiten wechseln](#), sueddeutsche.de, abgerufen am 17.05.2017
11. ↑ [Aufsichtrat der Daltrup & Söhne AG](#), daltrup.eu, abgerufen am 17.05.2017
12. ↑ [Wie aus rot-grünen Politikern Lobbyisten wurden - Ab in die Wirtschaft](#), taz.de, abgerufen am 17.05.2017
13. ↑ [Beirat der Landau Media AG](#), landaumedia.de, abgerufen am 17.05.2017
14. ↑ [Minister „a.D.“ in die Wirtschaft](#) focus.de, abgerufen am 17.05.2017

15. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Stiftungsrat der Dussmann Verwaltungs AG] dussmanngroup.com, abgerufen am 01.06.2017
16. ↑ [Wolfgang Clement flucht in Siegen über die SPD](#) wp.de, abgerufen am 17.05.2017
17. ↑ [Presseerklärung von M. Du Mont Schauberg vom 15. Januar 2009](#) archiviert auf archive.org
18. ↑ <https://www.dussmanngroup.com/dussmann-group/stiftungsrat/>, Aufsichtsrats der Dussmann Verwaltungs AG dussmanngroup.com], abgerufen am 01.06.2017
19. ↑ <https://www.igmetall.de/kuratorium-initiative-neue-soziale-marktwirtschaft-10462.htm>], Artikel zu Wolfgang Clement auf igmetall.de, abgerufen am 01.06.2017
20. ↑ [Biographie Wolfgang Clement](#), Website WhosWho.de, abgerufen am 27.10.2010
21. ↑ [Wolfgang Clement: Ein Herz für den Mittelstand](#), Website topjob.de, abgerufen am 07.06.2017
22. ↑ [Zwei Polit-Aussteiger träumen von Führung](#), stern.de vom 28. April 2010, abgerufen am 14. September 2010.
23. ↑ [„Wie Arbeitnehmer erpresst werden“](#), Report Mainz (ARD), Manuskript der Sendung vom 25. Juni 2007, abgerufen am 21. Juli 2010
24. ↑ [„Clement wird erster Arbeitsforscher“](#), manager-magazin.de vom 05. Oktober 2006, abgerufen am 09. Juli 2010
25. ↑ [„Clement verlässt den ‚Konvent für Deutschland‘“](#), Die Welt vom 26.08.2008, abgerufen am 12. Mai 2011
26. ↑ [„Wolfgang Clement wird Aufsichtsrat“](#), manager-magazin.de vom 13. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
27. ↑ [„Kohle ohne Ende - wie Wolfgang Clement Steuermilliarden im Bergbau versenkt“](#), Kontraste (ARD), Manuskript der Sendung vom 05. Juni 2003, abgerufen am 21. Juli 2010
28. ↑ ["Eine reine Vertrauensfrage"](#), taz.de vom 15. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
29. ↑ [Marc Brost: Anzeigenkampagne der Atomlobby Was sagen Sie nun, meine Herren?](#), Handelsblatt online vom 16. März 2011, abgerufen am 19. April 2013
30. ↑ ["Attacke gegen Ypsilanti - Clement fällt Hessen-SPD in den Rücken"](#), Spiegel.de vom 19. Januar 2008, abgerufen am 22. Juli 2010
31. ↑ ["Seiner Partei fremd geworden"](#), sueddeutsche.de vom 20. Januar 2008, abgerufen am 21. Juli 2010
32. ↑ ["Es lebe Neu-Otzenrath!"](#), derFreitag, 08. September 2000, abgerufen am 21. Juli 2010
33. ↑ [„Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“](#), dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 21. Juli 2010
34. ↑ [Pressemitteilung des Verlags M. DuMont Schauberg vom 13. Juni 2006](#), Website des Verlags, abgerufen am 24.6.2011
35. ↑ [Medien "Kooperation ist nur ein schönerer Name für Kartell"](#), FAZ vom 5. Mai 2004, Website FAZ, abgerufen am 24.6.2011
36. ↑ [Professoren halten gelockerte Pressefusionskontrolle für "Irrweg"](#), Evangelischer Pressedienst (epd), Nr. 41/2004, Website epd, abgerufen am 24.6.2011
37. ↑ [Die Pressefusionskontrolle in der siebten GWB-Novelle Sondergutachten der Monopolkommission](#), Website der Monopolkommission, abgerufen am 24.6.2011
38. ↑ Möglicherweise war die Kritik von Union und FDP nur parteipolitisch bedingt, denn im Koalitionsvertrag vom 26. Oktober 2009 wird unter IV. 2 erstaunlicherweise auch eine Überprüfung des Pressekartellrechts angekündigt.
39. ↑ [„Clement: Erst ein Drittel der notwendigen Reformen umgesetzt“](#), Interview mit Wolfgang Clement, dradio.de, Manuskript der Sendung vom 17. Februar 2006, abgerufen am 22. Juli 2010
40. ↑ [Vorrang für die Anständigen – Gegen Missbrauch, „Abzocke“ und Selbstbedienung im Sozialstaat. Ein Report vom Arbeitsmarkt im Sommer 2005](#), Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, August 2005, abgerufen am 22. Juli 2010

WMP Eurocom

Die **WMP EuroCom AG** ist eine Lobby- und PR-Agentur, die ihren Klienten durch ihr weites Netzwerk aus Kontakten Zugang zu politischen Entscheidungsträgern verschafft. Gleichzeitig verfügt sie über sehr gute Verbindungen in die deutsche Medienlandschaft.

WMP EUROCOM AG

**Rechtsfor
m**

Tätigkeitsbereich Beratung in den Bereichen
Wirtschaft, Medien und Politik

**Gründungs
datum**

Hauptsitz Katharina-Heinroth-Ufer 1, 10787
Berlin

Lobbybüro

Lobbybüro

EU

Webadress wmp-ag.de/
e

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	18
2 Fallbeispiele und Kritik	18
2.1 Lobbyarbeit für Saudi Arabien	18
2.2 Beziehung zum Deutschen Digital Institut	19
2.3 2016-2020: PR-Aktivitäten im Zusammenhang mit der kritischen Berichterstattung über Wirecard	19
2.4 2014 und 2015: Rechtsstreit mit dem stern-Journalisten Hans-Martin Tillack	20
2.5 2012: Tiedje verteidigt Steinbrück in Bild-Kommentar	20
2.6 2009: Lobbying gegen staatliche Unterstützung für Karstadt	20
2.7 2003: Vergabeaffäre der Bundesagentur für Arbeit	21
2.8 2003: Imagekampagne für die Wirtschaft in Sachsen	21
2.9 2001: Lobbying für BP bei der Aral-Übernahme und bei der E.on-Ruhrgas-Übernahme	21
2.10 2000: Übernahme der Bewag durch Vattenfall	21
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	22
3.1 Unternehmen der Gruppe und Großaktionäre	22
3.2 Vorstand	22
3.3 Aufsichtsrat	22
3.4 Senior Advisors	23
4 Kunden (Auswahl)	23
5 Geschichte	24
6 Weiterführende Informationen	24
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	24
8 Einzelnachweise	24

Lobbystrategien und Einfluss

Kernpunkt der Lobbyarbeit der WMP EuroCom ist die Vermittlung von exklusiven Treffen der Klienten mit den relevanten politischen Entscheidungsträgern. Hierbei wird dem Kunden die Möglichkeit gegeben, in kleinen und vor allem geschlossenen Kreisen "Überzeugungsarbeit" für das jeweilige Projekt zu leisten.^[1] Nach eigenen Angaben verfügt die WMP dazu über "persönliche und vertrauensvolle Verbindungen zu Entscheidern in Medien, Wirtschaft, Verbänden, Politik und Verwaltung".^[2]

Die zweite Säule der Lobbyarbeit der WMP ist das Lancieren von wohlgesonnenen Medienberichten.^[1] Essentiell hierfür ist die hervorragende Vernetzung der WMP, bzw. ihrer Mitarbeiter, mit diversen Leitmedien.

„Ziel unserer Arbeit ist es, journalistisch interessante Botschaften unserer Partner bzw. Kunden der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Wir arbeiten mit den Medien zusammen. Wir finden und formulieren diese Botschaften. Dabei geht es weder um Imagekosmetik noch um Illusionsbildung. Als vormalige oder noch aktive leitende Redakteure sowie als Publizisten sind wir strikt journalistischen Grundsätzen und Überzeugungen verpflichtet. Nur so werden wir von den Blattmachern und Sender-Verantwortlichen sowie anderen Ansprechpartnern der Medien akzeptiert.“^[3]

So werden beispielsweise Kommentare oder ausführliche Portraits in Leitmedien verbreitet, in denen die Kunden die Möglichkeit haben, ihre "Sicht" einer breiten Öffentlichkeit darzulegen und so unter dem Deckmantel eines vermeintlich seriösen Journalismus Kampagnenarbeit zu leisten.^[1]

Die WMP-Tochterfirma TV-Media produziert u.a. für den MDR. So können beispielsweise in Talkshows Kunden oder zumindest deren Interessenvertreter platziert werden. In der von TV-Media produzierten Show „Ein Kessel DDR“ saß zum Beispiel Hans-Dietrich Genscher als Gast auf dem Sofa. Laut *Spiegel* war auch der ehemalige MDR-Intendant Udo Reiter der WMP über einen persönlichen Beratervertrag verbunden.^[4]

Die WMP verfügte über 2 von der CDU bereitgestellte Hausausweise für den Deutschen Bundestag.^[5] Seit einer Änderung der Lobbyregeln im Jahr 2016 können Lobbyakteure jedoch keine Hausausweise mehr über die Fraktionen erhalten.^[6]

Fallbeispiele und Kritik

Lobbyarbeit für Saudi Arabien

Von 2015 bis November 2018 arbeitete WMP Eurocom für Saudi Arabien. Laut einem Bericht der „Bild am Sonntag“ zahlten die Saudis eine sechsstellige Summe, damit die Agentur das Image des Königreiches in Deutschland verbessere.^[7] Laut "Tagesspiegel" ist das nur ein Bruchteil dessen, was das Land jedes Jahr in **Country Branding** investiert: Auch in Washington, London und Brüssel habe das Königshaus demzufolge zahlreiche PR-Agenturen angeheuert, allein in den USA seit den Terroranschlägen vom 11. September 2011 etwa 100 Millionen Dollar ausgegeben.^[8]

Wie im Oktober 2018 bekannt wurde, hatte WMP Dieter Haller als Seniorberater eingestellt. Haller war von 2011 bis 2014 und dann nochmals von 2016 bis zum Juli 2018 deutscher Botschafter in Saudi-Arabien. Mit Hallers Verpflichtung wolle WMP Eurocom „ihr Auslandsgeschäft ankurbeln“, schrieb damals das Fachmagazin „PR Report“.^[9] Zum 30.10.2020 schied Dieter Haller bei WMP aus.

Nach dem von Saudi Arabien Mitte Oktober 2018 eingestandenen Mord an dem saudischen Journalisten Jamal Khashoggi gab es verstärkt Kritik an der Arbeit von WMP für die Golfdiktatur. Im November zitierte die "Bild am Sonntag" aus einem internen WMP-Bericht, der offenbar für seine Kunden bestimmt war. Darin rühmte sich die Agentur ihrer guten Kontakte zu deutschen Journalisten und behauptete, durch ihre Arbeit seien in mindestens einem Fall „positive Artikel“ über Saudi-Arabien erschienen. Zugleich warb die Agentur mit einem Netzwerk, das „einen schnellen Zugang“ zum Kanzleramt, zum Bundespräsidenten, zu Ministerien, dem Deutschen Fußball-Bund oder Wirtschaftskonzernen wie Airbus garantiere.^[10]

Als Reaktion auf die Medienberichte verkündete WMP im November 2018, seine Arbeit für das saudische Königshaus zu beenden. „Nach der schrecklichen Tat müssen wir heute feststellen, dass sowohl unsere Mittlerrolle als auch die Möglichkeiten, die Reformkräfte zu unterstützen, von der deutschen Öffentlichkeit nicht mehr gesehen und von uns deshalb nicht vertreten werden können“, begründete WMP-Chef Michael Inacker den Schritt.^[11]

Im August 2020 trat der damalige Vorstandsvorsitzende der WMP Michael Inacker zurück.^[12] In der Folge kam es zu einer vollständigen Neubesetzung des Vorstandes. Zum 1. Januar 2021 übernahm der frühere Wirtschaftsjournalist und Kommunikationschef des DAX-Konzerns Linde Ulrich Porwollik den Posten des Vorstandsvorsitzenden.^[13] Sein Nachfolger ist der frühere Journalist und Leiter der Unternehmenskommunikation verschiedener Unternehmen Dr. Immo von Fallois.^[14]

Beziehung zum Deutschen Digital Institut

Das **Deutsche Digital Institut** (DDI) ist mit der WMP EuroCom eng verbunden: Der Beiratsvorsitzende des DDI, **Bernd Schiphorst**, ist ein ehemaliges Vorstandsmitglied der WMP. DDI und die WMP haben die gleiche Anschrift, die Domainadresse des DDI gehört der WMP.^[15] Wegen dieser Verflechtungen warf der Stern-Journalist **Hans-Martin Tillack** der WMP vor, unter dem Deckmantel eines vermeintlich unabhängigen Forschungsinstituts zu agieren.^[16] Zudem finden sich auf der Homepage des DDI Google-kritische Pressemeldungen wie etwa „Such-Alternativen: Meine Woche ohne Google“ (November 2014) oder „Profilbildung: Datenschützer droht Google mit Zwangsgeld“ (September 2014).^[17]

Da einer der Kunden der WMP der Google-Konkurrent **Microsoft** ist, entstand der Verdacht der verdeckten PR-Arbeit. Außerdem gab Torsten Fricke, der laut *Stern* bei der WMP zuvor den Kunden Microsoft betreute, im April 2015 das Buch "Die Akte Google – Wie der US-Konzern Daten missbraucht, die Welt manipuliert und Jobs vernichtet" heraus, welches sich hauptsächlich der Kritik an der Macht von Google widmet.^[18] WMP-Chef Inacker betonte im April 2016 hingegen, dass seine Agentur keine verdeckte PR mache.^[19]

2016-2020: PR-Aktivitäten im Zusammenhang mit der kritischen Berichterstattung über Wirecard

WMP bot **Wirecard** im Dezember 2016 weitreichende PR-Aktivitäten an, die mit einem Basishonorar von 420.000 Euro pro Jahr vergütet wurden. Die Arbeit von WMP bestand darin, die Berichterstattung in der Presse über Wirecard zu beobachten, relevante Medienvertreter aufzuführen („black list“/„white list“), sowie

bei Hintergrundgesprächen und Interviews zu unterstützen. Unter dem Titel „`Drachenblut` für Wirecard“ bot WMP Leistungen an, welche die Reputation von Wirecard stärken und das Unternehmen „unverwundbar“ machen sollten. In Absprache mit Wirecard wollte WMP den durch Journalisten aufgegriffenen undurchsichtigen Geschäftszahlen mit einer „konsistenten Corporate Story“ begegnen und „diese bei den relevanten Medien an den Finanzplätzen in Deutschland und Großbritannien“ platzieren. ^[20]

2014 und 2015: Rechtsstreit mit dem stern-Journalisten Hans-Martin Tillack

Im Herbst 2014 verklagte der damalige WMP-Geschäftsführer **Hans-Hermann Tiedje** den stern-Journalisten **Hans-Martin Tillack** wegen Verdachts der üblen Nachrede. Tillack hatte zuvor in seinem Blog mögliche Indizien dafür beschrieben, dass die Kampagne "Tolles Thüringen" während des Wahlkampfes 2009 ein Beispiel für versteckte Parteienfinanzierung gewesen wäre, bei der auch die WMP mitgewirkt hätte. ^[21] Nachdem Tiedje eine Beteiligung der WMP verneinte, griff Tillack diese Aussage ironisch in seinem Blog auf, woraufhin Tiedje Anzeige erstellte. Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte die Ermittlungen gegen Tillack im November 2014 ein. ^[22] In einem 2. Rechtsstreit zwischen Tiedje und Tillack ging es um Tillacks Aussage, dass die WMP für den französischen Ölkonzern **Total** arbeite. Im Mai 2015 einigten sich Tiedje und Tillack auf einen Vergleich und Tillack verpflichtete sich, nicht mehr zu erklären, dass Total zum Kundenkreis der WMP gehöre. Tillack wies darauf hin, diesen Schluss einst gezogen zu haben, da es bei der WMP über Monate einen Betreuer für Total gegeben habe. ^[23]

2012: Tiedje verteidigt Steinbrück in Bild-Kommentar

Nachdem **Peer Steinbrück** für seine Einnahmen aus Redneraufträgen in die Kritik geraten war, verteidigte Tiedje ihn in einem Bild-Kommentar. Seiner Meinung nach habe Steinbrück "nichts falsch gemacht", sondern werde in einer "Gesellschaft des Neides" fälschlicherweise verurteilt. ^[24] Dabei erwähnte Tiedje jedoch nicht, dass die WMP Steinbrück im selben Jahr einen Rednerauftrag der Stufe 3, also in Höhe von über 7.000 Euro, vermittelt hatte. ^[25]

2009: Lobbying gegen staatliche Unterstützung für Karstadt

Im Rahmen des Insolvenzverfahrens von **Karstadt** betonte **Eckhard Cordes**, damals Aufsichtsratsmitglied der WMP, dass Karstadt als Ganzes keine wirtschaftlichen Perspektiven habe. Stattdessen plädierte er für eine Fusion von **Kaufhof** und Karstadt und die Bildung einer "Deutschen Warenhaus AG". ^[26] Cordes wurde vorgeworfen, in seiner damaligen Funktion als **Metro**-Chef mit seinen Vorschlägen nicht eine Branchenlösung anzustreben, sondern eigene Konzerninteressen der Metro-Tochter Galeria Kaufhof zu verfolgen. ^[27] Für seine Fusionsidee erhielt er Gehör von Bundeskanzlerin **Angela Merkel** sowie vom damaligen Wirtschaftsminister **Karl-Theodor zu Guttenberg**. ^{[28][29]} Darüber hinaus warb Cordes bei seinen Gesprächen mit hochrangigen Politikern erfolgreich dafür, Karstadts Bitte um eine Staatsbürgerschaft nicht nachzukommen. ^[30] Die Bundesregierung lehnte die Staatsbürgerschaft für Karstadt im Juni 2009 ab. ^[31]

2003: Vergabeaffäre der Bundesagentur für Arbeit

Im Zusammenhang mit Verstößen gegen das Vergaberecht in der **Bundesagentur für Arbeit** (BA) geriet Ende 2003 auch die WMP in die Schlagzeilen. Die BA hatte hier einen 1,5-Millionen-Euro-Auftrag rechtswidrig ohne Ausschreibung an die WMP vergeben.^[32] Darüber hinaus wurde bekannt, dass BA-Chef **Florian Gerster** schon vorher mit der WMP zusammengearbeitet und sich mindestens einmal bereiterklärt hatte, angeblich kostenlos, als Gastredner für eine Image-Veranstaltung eines WMP-Kunden aufzutreten.^[33] Gerster wurde im Zusammenhang mit der BA-Affäre entlassen.

2003: Imagekampagne für die Wirtschaft in Sachsen

Im Zusammenhang mit einer Imagekampagne für das Land Sachsen musste der damalige Vorstand der WMP, **Hans-Erich Bilges**, im November 2003 vor dem sogenannten Sachsenring-Untersuchungsausschuss aussagen. Die PDS warf der sächsischen Staatsregierung vor, mit der von der WMP geleiteten PR-Kampagne „Sachsen den Sachsen“ eine versteckte CDU-Wahlkampagne initiiert zu haben und nicht, wie von Seiten der CDU behauptet, eine „Imagekampagne“ für die sächsische Wirtschaft.

Im Untersuchungsausschuss räumte Bilges ein, er habe sich im Vorfeld der Kampagne mit mehreren Vertretern der Staatsregierung getroffen. Auch wurden die PDS und die SPD als "Gegner" genannt.^[34] Die WMP musste sich allerdings 2003 wieder aus dem mit 200.000 Euro dotierten Beratervertrag zurückziehen, weil bekannt wurde, dass der Vertrag nicht öffentlich ausgeschrieben wurde.^[35]

2001: Lobbying für BP bei der Aral-Übernahme und bei der E.on-Ruhrgas-Übernahme

Bei der geplanten Übernahme der Tankstellenkette **Aral** durch den Ölkonzern **BP** war die WMP involviert. BP plante von **E.ON** die Tankstellenkette Aral zu übernehmen und E.ON war im Gegenzug an den BP-Anteilen von **Ruhrgas** interessiert. Da die Übernahme von Aral vor dem Kartellamt hätte scheitern können, versuchte BP schon im Vorfeld der Übernahme die öffentliche Wahrnehmung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Hierzu organisierte WMP Gespräche und Treffen zwischen dem BP-Chef **Lord John Browne** mit Fraktionsvorsitzenden, Ausschussvorsitzenden und Ministerialbeamten. Auch ein Lunch mit politischen Eliten, inklusive Dinner-Speech von Browne, wurde von WMP initiiert.^[1] Gleichzeitig lancierte eine Medienkampagne. Hierzu organisierte die WMP ein Interview mit Browne im *Spiegel* und ein ausführliches Portrait in der *Welt am Sonntag*.^[1]

Um E.ON in der Ruhrgas-Übernahme zu unterstützen, versuchte die WMP ebenfalls über die Medien positive Assoziationen zu generieren. Beispielsweise sprach sich **Günther Rexrodt** (FDP), ehemaliger Wirtschaftsminister, in einem Artikel in *Die Welt* für die geplante E.ON-Ruhrgas-Übernahme aus. Rexrodt war gleichzeitig Finanzvorstand von WMP, die zu dieser Zeit von BP bezahlt wurde.^[1]

2000: Übernahme der Bewag durch Vattenfall

Im Jahr 2000 plante **Vattenfall** den Berliner Energieversorger **Bewag** zu übernehmen. Der damalige Eigner der Bewag, **E.ON**, einigte sich mit Vattenfall Anfang August 2000 auf die Übernahme, ohne jedoch das Mitspracherecht des Berliner Senats zu beachten. Hier blockierten die beiden CDU-Senatoren **Peter Kurth** und **Wolfgang Branoer** die Übernahme durch Vattenfall mit einer einstweiligen Verfügung, weil sich der Senat schon auf einen anderen Investor geeinigt hatte. Daraufhin schaltete Vattenfall die WMP ein. Deren

Vorstand, **Hans-Erich Bilges**, traf sich mit dem damaligen Bürgermeister **Eberhard Diepgen** (CDU), der hierauf sagte, alles würde für Vattenfall sprechen. Der Berliner Senat zog auf Druck Diepgens die einstweilige Verfügung zurück. Die WMP arrangierte zusätzlich weitere Treffen zwischen dem Vattenfall-Vorstandschef Josefsson und dem damaligen sächsischen Wirtschaftsminister **Kajo Schommer** (CDU) sowie mit dem damaligen Bundeswirtschaftsminister **Werner Müller** (parteilos).^[1] Durch das intensive Lobbying der WMP und die "Empfänglichkeit" der jeweiligen Politiker kam schließlich die Übernahme der Bewag durch Vattenfall zu Stande.

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Unternehmen der Gruppe und Großaktionäre

Zur WMP Gruppe gehören die folgenden Unternehmen: WMP EUROCOM AG, WMP FINANZKOMMUNIKATION GMBH, WMP HEALTHCARE GMBH, GPA GERMAN PUBLIC AFFAIRS GMBH und TV MEDIA MEDIEN MANAGEMENT GMBH. Größte Anteilseigner der Gruppe sind **Hans-Hermann Tiedje** und Wendelin Wiedeking.^[36]

Vorstand

- **Dr. Immo von Fallois**, CEO, u.a. früherer Leiter Kommunikation und Marketing bei **Alstom** in Nord- und Osteuropa und früherer Chef der Abteilung Medien und Marketingkommunikation des Bahntechnikkonzerns **Bombardier Transportation**, vormals Redaktionsleiter der "Berliner Zeitung"^[37]
- **Moritz Barckhausen**, Chief Financial Officer (CFO), seit 2021 Finanzvorstand der WMP-Gruppe
- **Henning Marten**, Chief Operating Officer (COO), ehem. TV-Produzent und Medienberater, zuvor Büroleiter im Deutschen Bundestag

Stand: Juli 2023, Quelle: Internetauftritt WMP Eurocom^[38]

Aufsichtsrat

- **Prof. Dr Bernhard Link**, Vorsitzender, ehemaliger stellv. Vorstandsvorsitzender der **Münchener Bank**, Honorarprofessor für Betriebswirtschaftslehre
- **Dr. Jürgen Gerdes**, früheres Mitglied im Vorstand der **Deutschen Post AG**, ehemaliger Geschäftsführer der **Porta Holding**, während seiner Funktion als Vorstandsmitglied der Deutschen Post warf ihm das Bundeskartellamt Wettbewerbsverstöße und illegale Geschäfte mit **Bertelsmann** vor.^[39]
- **Ulrich Marseille**, Aufsichtsratsvorsitzender der **Marseille Kliniken AG**, der 2010 vom Landgericht Halle wegen Bestechung zu einer Freiheitsstrafe von einem Jahr auf Bewährung verurteilt wurde.^{[40][41]}
- **Dr. Frank-B. Werner**, deutscher Verleger und Wirtschaftsjournalist, Gründer der Börsenzeitschrift **Börse Online** und Mitbegründer des Finanzen Verlags, früherer Chefredakteur der Zeitschriften **Euro** und **Euro am Sonntag**
- **Kristin Schwarz**, Unternehmerin in der Lebensmittel- und Fleischwarenindustrie (Schwarz Cranz)
- **Max von Waldenfels**, Jurist, Gründer und Geschäftsführer der Caspar-Health Goreha GmbH, vormals Gründer von MyLorry/Food Express

Stand: Juli 2023, Quelle: Internetauftritt WMP Eurocom^[42]

Ehemalige Mitglieder:

- bis 2005: [Hans Erich Bilges](#) ^[43]
- bis 2006: [Hans-Dietrich Genscher](#) (†)
- bis 2016: [Roland Berger](#), Gründungsmitglied; Gründer der Roland Berger Holding GmbH, vormals Mitglied des Kuratoriums der [Alfred Herrhausen Gesellschaft](#) ^[44]

Stand: Juli 2023

Senior Advisors

- [Friedrich-Wilhelm Kramer](#), ehemaliger ARD-Korrespondent in Warschau, Chefredakteur NDR Hörfunk, Direktor des NDR-Landesfunkhauses Schleswig-Holstein, heute: Lehrbeauftragter für Medien und Politik in Hamburg und Riga
- [Klaus Kimmel](#), ehemaliger Sportjournalist, u.a. für [Frankfurter Allgemeine Zeitung](#), [Süddeutsche Zeitung](#) und [WELT](#), später stellvertretender Chefredakteur der [BILD-Zeitung](#)
- [Louis Hagen](#), vormals Mitglied der BILD-Chefredaktion, vormals Gastdozent für Medienwissenschaften an der Technischen Universität Berlin, heute Kolumnist bei der BILD

Stand: Juli 2023, Quelle: Internetauftritt WMP Eurocom ^[45]

Kunden (Auswahl)

Marseille Kliniken: Nachdem der Journalist [Günter Wallraff](#) in einem Pflegeheim des Marseille-Konzerns verdeckt ermittelt hatte, erstattete der Konzern Anzeige gegen RTL mit dem Vorwurf heimlicher Bild- und Tonaufnahmen. [Katrin Dahm](#), aktuelles Vorstandsmitglied der WMP EuroCom, erklärte im Namen der Marseille Kliniken, man habe "das nicht zuletzt zum Schutz der Bewohner getan". Laut RTL wurde das Pflegeheim in Oldenburg ausgewählt, weil Wallraff mehrfach auf die Essensqualität in den Häusern der Marseille Kliniken hingewiesen worden wäre. ^[46]

Kleidungskette KiK: WMP-Geschäftsführer Inacker sprach davon, dass KiK mit einem innovativen Konzept die Branche verändert habe. KiK waren in der Vergangenheit oft Billiglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen in den Zuliefererländer vorgeworfen worden. Inacker sagte zu der neuen Kommunikationsstrategie für KiK: "KiK ist ein Unternehmen mit einem Gesicht – und zwar einem sympathischen. Das werden wir gemeinsam vermitteln." ^[47]

Katar: Wie Tiedje 2014 in einem Interview bestätigte, berät die WMP Katar. ^[48]

Microsoft: Lt. *stern* zählt der Software- und Hardwarehersteller Microsoft zur Kundenliste von WMP. ^[49]

Krankenkasse KKH: Die kaufmännische Krankenkasse KKH ist seit 2013 Kunde bei der WMP. Im Jahr zuvor hatte WMP Peer Steinbrück als Redner für ein KKH-Allianz-Forum vermittelt. ^[49]

Geschichte

Die Idee zur Gründung der WMP EuroCom entstand auf der Terasse von **Hans-Dietrich Genschers** Privathaus, welcher selbst als Aktionär und Aufsichtsratschef in die Unternehmung mit einstieg. Der ebenfalls anwesende Bundesbankpräsident a.D., Karl Otto Pöhl, förderte das Vorhaben durch Empfehlungsschreiben.^[1] Einer der weiteren Gründer war der ehemalige Chefredakteur der "Bild", **Hans-Erich Bilges**, der Ende 2005 ausstieg, um im Januar 2006 die Kommunikationsberatungsfirma **Consultum Communications** zu gründen.^[50] Consultum Communications arbeitet allerdings weiterhin eng mit der WMP zusammen.^[51]

Weiterführende Informationen

- [Hans-Martin Tillack: Die geheimen Kunden der Lobbyisten, stern.de vom 07.01.2016](#)
- [Public Affairs: Das Netz, Zeit online 2002, abgerufen am 03.07.2023](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

- ↑ 1,01,11,21,31,41,51,61,7 [Public-Affairs: Das Netz](#) Die Zeit 50/2002, abgerufen am 01. Februar 2012
- ↑ [WMP - Das Gesamtprofil](#), abgerufen am 29.03.2016
- ↑ [WMP - Das Know-How](#), abgerufen am 29.03.2016
- ↑ [Beraten und Verkauft](#) Der Spiegel 49/2003, abgerufen am 29.03.2016.
- ↑ [Liste der Hausausweise, S.13](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 24.03.16
- ↑ [Lobbyregeln seit 2016](#), abgeordnetenwatch.de, abgerufen am 03.07.23
- ↑ [So werben deutsche Lobbyisten für den Saudi-Prinzen](#), Bild am Sonntag, abgerufen am 27.11.2018
- ↑ [Die Lobbyisten der Saudis](#), Tagesspiegel, abgerufen am 27.11.2018
- ↑ [Dieter Haller arbeitet für WMP Eurocom](#), PR Report, abgerufen am 27.11.2018
- ↑ [So werben deutsche Lobbyisten für den Saudi-Prinzen](#), Bild am Sonntag, abgerufen am 27.11.2018
- ↑ [WMP-Chef Inacker kritisiert "Blut-Scheich"-Enthüllung der BamS](#), meedia, abgerufen am 27.11.2018
- ↑ [Rücktritt Inacker](#), W&V, abgerufen am 03.07.2023
- ↑ [Ulrich Porwollik](#), businessinsider, abgerufen am 03.07.2023
- ↑ [Dr. Immo von Fallois](#), meedia, abgerufen am 03.07.2023
- ↑ [WMP ist Domaininhaber der Webseite des DDI](#), abgerufen am 07.04.2016
- ↑ [Ließ Microsoft den Rivalen Google schlechtmachen?](#), stern vom 16.12.2015, abgerufen am 07.04.2016
- ↑ [Pressebereich des Deutschen Digital Instituts](#), abgerufen am 07.04.2016
- ↑ ["Die Akte Google: Wie der US-Konzern Daten missbraucht, die Welt manipuliert und Jobs vernichtet" bei Amazon](#), abgerufen am 07.04.2016
- ↑ [Interview mit WMP-Chef Michael Inacker](#), PR Report vom 03.04.2016, abgerufen am 07.04.2016
- ↑ [PR-Agentur bot Wirecard an, Journalisten auf eine "schwarze Liste" zu setzen](#) stern.de, vom 29.01.2021, abgerufen am 16.02.2022

21. ↑ [Das Millionenspiel mit "Tolles Thüringen"](#), Stern vom 29.08.2014, abgerufen am 24.03.2016
22. ↑ [Keine üble Nachrede gegen Tiedje: Staatsanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen stern-Mann Tillack ein](#), Meedia am 10.11.2014, abgerufen am 24.03.2016
23. ↑ [Tiedje, Tillack und der Prozess um die „Total-Falschberichterstattung“](#), Meedia am 20.05.2015, abgerufen am 29.03.2016
24. ↑ [Steinbrück und der Neid](#), Bild vom 08.10.2012, abgerufen am 24.03.2016
25. ↑ [Die Steinbrück-Liste: Alle Nebenjobs des SPD-Manns](#), Focus online vom 09.10.2012, abgerufen am 24.03.2016
26. ↑ [Metro-Chef gibt Karstadt keine Chance](#), Focus vom 14.12.2009, abgerufen am 23.03.2016
27. ↑ [Die taktischen Spielchen von Eick und Cordes](#), WirtschaftsWoche vom 25.05.2009, abgerufen am 23.03.2016
28. ↑ [Treffen mit Merkel: Metro erwägt Karstadt-Übernahme](#), Spiegel online vom 04.06.2009, abgerufen am 23.03.2016
29. ↑ [Arcandor-Krise: Guttenberg favorisiert Karstadt-Kaufhof-Fusion](#) Spiegel online am 04.06.2009, abgerufen am 23.03.2016
30. ↑ [Die taktischen Spielchen von Eick und Cordes](#), WirtschaftsWoche vom 25.05.2009, abgerufen am 23.03.2016
31. ↑ [Bund lehnt Staatsbürgerschaft für Arcandor ab](#), Welt vom 08.06.2009, abgerufen am 07.04.2016
32. ↑ [BA-Verwaltungsrat entzieht Gerster Vertrauen](#) Netzzeitung vom 24. Januar 2004, abgerufen am 01. Februar 2012.
33. ↑ [Bundesanstalt für Arbeit: Gersters teure BMW-Flotte](#) Spiegel Online vom 06. Dezember 2003, abgerufen am 01. Februar 2012.
34. ↑ [Sachsenring: Gut für die Wirtschaft, schlecht fürs Image](#) Manager Magazin vom 26. November 2003, abgerufen am 01. Februar 2012
35. ↑ [LOBBYING: „Bewerber abgeschossen“](#) Focus vom 01. Dezember 2003, abgerufen am 01. Februar 2012
36. ↑ [Große Persönlichkeiten schrieben die Erfolgsgeschichte](#), wmp-ag.de, abgerufen am 09.10.2017
37. ↑ [Werdegang Dr. Immo von Fallois](#), linkedin, abgerufen am 03.07.2023
38. ↑ [Vorstand](#), wmp-ag.de, abgerufen am 03.07.2023
39. ↑ [Praktiken des Ex Post-Vorstandes](#), handelsblatt, abgerufen am 03.07.2023
40. ↑ [Oberlandesgericht Naumburg - Pressemitteilung vom 6. Juli 2011](#), archive.is, abgerufen am 09.10.2017
41. ↑ [Ulrich Marseille tritt zurück](#), manager.magazin vom 20.07.2011, abgerufen am 09.10.2017
42. ↑ [Aufsichtsrat](#), wmp-ag.de abgerufen am 03.07.2023
43. ↑ [WMP Eurocom: Der ehemalige Grünen-Politiker Rezzo Schlauch fängt bei Agentur von Ex-Bild-Chef Tiedje an](#) Meedia.de am 24.11.2016, abgerufen am 30.11.2016
44. ↑ [WMP EuroCom AG expandiert und übernimmt die Cortent Kommunikation AG](#)] PR Journal am 07.10.2016, abgerufen am 30.11.2016
45. ↑ [Senior Advisors und Büroleitung](#), wmp-ag.de, abgerufen am 03.07.2023
46. ↑ [Undercover-Recherche in der Oldenburger Großküche](#), NWZ online vom 09.06.2015, abgerufen am 29.03.2016
47. ↑ [Tiedje-Firma WMP-Eurocom soll Image vom Billig-Klamottenladen KiK aufpolieren](#), Meedia am 27.01.2016, abgerufen am 23.03.2016
48. ↑ [„Meine Moral? Wir arbeiten nicht mit Mädchen- und Waffenhändlern zusammen“](#), Meedia am 09.09.2014, abgerufen am 24.03.2016
49. ↑ ^{49,049,1} [Die geheimen Kunden der Lobbyisten](#), stern am 07.01.2016, abgerufen am 24.03.2016
50. ↑ [Consultum Communications - Geschäftsführung](#) abgerufen am 01.02.2012

51. ↑ Hans-Erich Bilges: Ex-"Bild"-Chef gründet Berater-Firma Manager Magazin vom 03. Januar 2006, abgerufen am 01. Februar 2012.

EnBW

Die **EnBW- Energie Baden-Württemberg AG** mit Sitz in Karlsruhe ist eines der größten Energieunternehmen in Deutschland. Im Jahre 2010 wurde von Baden-Württembergs damaligen Ministerpräsidenten **Stefan Mappus** der Rückkauf von 45% der EnBW-Aktienanteile an das Land Baden-Württemberg veranlasst. Wegen diesem Geschäft wird nun aufgrund des Verdachtes von Untreue gegen **Stefan Mappus** ermittelt, da er für die Aktien zu viel bezahlt haben soll und das Parlament nicht befragt hat. Außerdem steht sie wegen der Zusammenarbeit mit dem russischen Lobbyisten Andrej Bykow in der Kritik.

EnBW Energie Baden-Württemberg AG

Branche	Energie
Hauptsitz	Durlacher Allee 93, 76131 Karlsruhe
Lobbybüro Deutschland	Schiffbauerdamm 1, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	c/o Vertretung des Landes Baden- Württemberg bei der Europäischen Union Rue Belliard 60 - 62 B- 1040 Brüssel
Webadress	http://www.enbw.com e

Inhaltsverzeichnis

1 Kurzdarstellung und Geschichte	26
2 Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen	27
3 Lobbyarbeit: Struktur und Strategien	27
4 Fallbeispiele und Kritik	28
4.1 Rückkauf der EnBW-Aktien	28
4.2 Der Fall Andrej Bykow	29
4.3 Die Stiftung des heiligen Nikolaus	29
4.4 Deutscher Strom aus russischen Atombomben	29
5 Weiterführende Informationen	30
6 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	30
7 Einzelnachweise	30

Kurzdarstellung und Geschichte

1997 fusionierten zwei süddeutsche Energieunternehmen, die Badenwerk AG und die Energieversorgung Schwaben (EVS) AG zur Energie Baden-Württemberg AG. ^[1] 1999 wurde die Yello Strom GmbH gegründet, die die EnBW AG nun am Stromwettbewerb in ganz Deutschland teilnehmen lassen konnte. Im Jahre 2000 wurden die Neckarwerke Stuttgart AG in die EnBW integriert, 2001 folgte der Verkauf von Aktienanteilen des Landes an das französische Stromunternehmen EDF (Électricité de France). 2010 wurden diese wieder zurückgekauft, was einen Skandal rund um den ehemaligen Ministerpräsidenten **Stefan Mappus** auslöste.

2002 übernahm die **EnBW AG** knapp 30% der Aktienanteile der Stadtwerke Düsseldorf AG von der Stadt Düsseldorf.^[2] 2003 wurde Utz Claasen Vorstandsvorsitzender der EnBW, welche Position er bis 2007 inne hatte. Daraufhin wurde er von Hans-Peter Villis abgelöst, der zuvor bei [E.ON](#) arbeitete.^[3] Ab Oktober 2012 übernimmt nun Frank Mastiaux den Vorsitz von EnBW. Auch er arbeitete zuvor als Manager bei [E.ON](#).^[4]

Das zu EnBW gehörende Unternehmen Yello Strom erhielt 2008 den Negativpreis BigBrotherAward von dem Verein Digitalcourage. Laut Digitalcourage e.V. bekam Yello Strom den Preis wegen der Einführung der Digitalstrom-Technik ohne die Kunden über Datenschutz zu informieren.^[5]

Struktur, Geschäftsfelder und Finanzen

Die **EnBW AG** ist ein Konzern mit 20 000 Mitarbeitern und mehreren Gesellschaften. Als Holding übt die Energie Baden-Württemberg AG die Leitungsfunktion des Konzerns aus.

Folgende Gesellschaften sind u.a. Teil des Konzerns:^[6]

- Strom
 - EnBW Kraftwerke AG
 - EnBW Kernkraft GmbH
 - EnBW Erneuerbare Energien GmbH
 - EnBW Trading GmbH
 - TransnetBW GmbH
 - EnBW Regional AG
 - EnBW Vertrieb GmbH
 - Yello Strom GmbH
 - Watt Deutschland GmbH
- Gas
 - Gasversorgung Süddeutschland GmbH
 - GVS Netz GmbH
- Energie-und Umweltdienstleistungen
 - EnBW Energy Solutions GmbH
 - EnBW Systeme Infrastruktur Support GmbH
 - Stadtwerke Düsseldorf AG
 - EnBW Regional AG

Lobbyarbeit: Struktur und Strategien

Die **EnBW AG** ist Mitglied des [Bundesverband der Deutschen Energie- und Wasserwirtschaft](#) (BDEW), der Lobbyarbeit für die großen deutschen Energieunternehmen betreibt. Außerdem sitzt sie im Kuratorium der [Stiftung Offshore-Windenergie](#), die sich für den Ausbau der Offshore-Windenergie einsetzt.

Problematisch ist ein Lobbying-Fall der derzeit Gerichte und Staatsanwaltschaften beschäftigt: Laut [Andrej Bykow](#), einem russischen Lobbyisten, soll er für Lobbyarbeit von EnBW 200 Millionen Euro erhalten haben. Um die Zahlungen zu rechtfertigen wurden laut Aussage von Bykow Scheinverträge zur Lieferung von

Brennstoffen geschlossen. Tatsächlich wurde das Geld aber für Lobbying benutzt: Zur "politischen Landschaftspflege" wurden über eine Stiftung Kirchen und Denkmäler gebaut um so EnBW den Eintritt den Kauf von Anteilen an Gasfeldern oder einen Vertragsschluss für Gaslieferungen zu erleichtern. EnBW dementiert die Vorwürfe und gibt an, nichts von Bykows Aktivitäten gewusst zu haben. Das Geld sollte ausschließlich zur Erfüllung der bestehenden Verträge zur Brennstofflieferung gezahlt werden. ^[7]

Fallbeispiele und Kritik

Rückkauf der EnBW-Aktien

EnBW ist sehr medienpräsent, da es Objekt des umstrittenen Aktienrückkauf des ehemaligen Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg, Stefan Mappus, war. Obwohl der Konzern selbst mit den Unregelmäßigkeiten nichts zu tun hatte, ist es interessant zu sehen, wie er in die Landes- und auch Bundespolitik verwickelt ist.

Im Dezember 2010 geriet Mappus unter Beschuss, weil er als Ministerpräsident im Handstreich einen Rückkauf von 45% Aktienanteilen am baden-württembergischen Energieriesen EnBW über die Bühne brachte. Weder das baden-württembergische Parlament noch das Kabinett der Landesregierung waren eingeweiht oder befragt worden. Der Auftrag zur Vermittlung des Rückkaufs durch Morgan Stanley erfolgte offenbar ohne Ausschreibung. Der Deal kostete nach ersten offiziellen Angaben € 4,67 Milliarden; dieser Betrag wurde später auf € 5,9 Milliarden korrigiert. ^[8] Die Aktien wurden vom französischen Konzern EdF gehalten. ^[9] Im Januar 2011 wurde bekannt, dass Mappus das Parlament in dieser Affäre möglicherweise angelogen haben könnte. Ein juristisches Gutachten durch eine Anwaltskanzlei zur Rechtmäßigkeit des Deals ist offenbar erst nach dem Abschluss der Verträge erstellt worden. ^[10]

Mappus wird Machtmissbrauch und mangelnde Transparenz bei der Abwicklung des Geschäfts vorgeworfen. Seit Juli 2012 ermittelte die Staatsanwaltschaft wegen Untreue gegen Mappus und führte sogar eine Hausdurchsuchung durch. ^[11] Es wurde im Zuge der Ermittlungen aufgedeckt, dass Mappus unter Anleitung seines Jugendfreundes und Deutschlandchefs der Bank Morgan Stanley, Dirk Notheis, das Übernahmegeschäft einfädelt und sodann verfassungswidrig ohne Einbindung des Landesparlaments abwickelte. ^[12] Einen exakten organisatorischen Ablaufplan des Deals, sowie argumentative Hilfestellungen zur Rechtfertigung der Notwendigkeit des Einstiegs des Landes Baden-Württemberg bei EnBW vor den Medien, erhielt Mappus durch Notheis per E-Mail. ^[13] 2014 wurden die Ermittlungen eingestellt. Der Spiegel zitierte dazu die Staatsanwaltschaft über das Verhalten der damals Verantwortlichen: "Denn sie 'haben am 6. Dezember 2010 den Aktienkaufvertrag unterschrieben, ohne die landeshaushaltsrechtlichen Vorschriften zu beachten, die eine genaue Prüfung und Bewertung des Vertrages verlangt hätten', heißt es in der Mitteilung. 'Jedoch konnte ihnen kein vorsätzliches Handeln bezüglich eines Vermögensschadens zum Nachteil des Landes Baden-Württemberg nachgewiesen werden', befindet die Staatsanwaltschaft. Dies aber sei zwingende Voraussetzung des Untreuetatbestandes. 'Ein fahrlässiges Verhalten ist nicht strafbar', schreibt die Behörde. ^[14]

Der Fall Andrej Bykow

EnBW arbeitete eng mit dem russischen Atomlobbyisten Andrej Bykow zusammen. Gerüchtweise soll der Kontakt schon Mitte der 1990er Jahre auf Empfehlung des Bildungsforschungsministerium zustande gekommen sein. Doch schon früh kamen Zweifel an der Zusammenarbeit auf: Bereits 2003/2004 befragte ein Mitarbeiter des EnBW Konzerns einen Abteilungsleiter im Kanzleramt nach Bykow, der daraufhin eine Personenabfrage an den Bundesnachrichtendienst stellte. Das Ergebnis dieser Anfrage ist nicht bekannt, es liegt jedoch "kein Gesprächsvermerk vor". Dennoch wurde die Zusammenarbeit nicht beendet. ^[15]

Die Stiftung des heiligen Nikolaus

Bei der aktuellen Affäre handelt es sich um Millionenbeträge die an die Bykow-Gruppe überwiesen wurden, ohne sichtbare Gegenleistungen. Im Zuge der Affäre ermittelt die Staatsanwaltschaft. Die Geschäftsbeziehungen und einige für die EnBW AG ungünstigen Deals werden im Moment ebenfalls vor Gericht untersucht. Dabei führt die EnBW mehrere Schadensersatzklagen gegen die Bykow-Unternehmensgruppe und mehrere Schadensersatzklagen gegen ehemalige Topmanager des Konzerns. Bei den Geschäften mit der Bykow-Gruppe geht es laut EnBW um unerfüllte Verträge in Höhe von 130 Millionen Euro. Inzwischen wurde in einem Schiedsgerichtsverfahren ein Erfolg erzielt und die Bykow-Gruppe zu einer Zahlung von 24,5 Millionen Euro verurteilt. ^[16] Laut Bykows Aussage waren die geschlossenen Verträge, wie zum Beispiel das Maut- und Nukleartransportsystem "Easy Toll", nur Scheingeschäfte und die Millionene flossen zur "Klimapflege" in eine Stiftung Bykows, die unter anderem Kirchen in Russland baute. Dieses sollte dem Zwecke dienen, Anteile russische Gasfeldern zu erwerben, was der damalige französische EnBW-Großaktionär EdF strikt ablehnte. Bykows Argumentation zu Folge sollte er Lobbyarbeit für den Gasfeldkauf betreiben, während die Verträge um Uran- und Atomlieferungen nur vorgeschoben waren, um die EdF zu täuschen. Aufgrund des Vorwurfs der Scheingeschäfte leitete die Staatsanwaltschaft Mannheim im März 2012 Ermittlungen mit Verdacht auf Steuerhinterziehung, Untreue und Korruption ein. ^[17] Bykow ist Präsident der Stiftung "Heiliger Nikolaus der Wundertäter", die in verschiedenen Dörfern und Städten in Russland den Bau von Kirchen, Denkmälern und Schachschulen mitfinanziert. Das versteht Lobbyist Bykow unter "Klimapflege". Utz Claassen, Vorstandsvorsitzender der EnBW von 2003 bis 2007, steht unter dem Verdacht von Bykows "Klimapflege" gewusst zu haben, was er entschieden dementiert. 2005 erhielt Claassen als erster Deutscher das Kreuz des "Orden des Heiligen Nikolaus", auch im Beisein von Andrej Bykow. ^[18]

Interessant ist, dass EnBW im Juli 2012 einen neuen Gasliefervertrag ausgehandelt hat und so einen direkten Zugang zum russischen Markt erhalten hat. Außerdem setzte der Konzern flexible Gas-Konditionen durch. Laut EnBW Chef Hans-Peter Villis gibt es keine Verbindungen zum Lobbyisten Andrej Bykow in dieser Sache. ^[19]

Deutscher Strom aus russischen Atombomben

Bykow soll noch an einem weiteren deutsch-russischen Atomdeal beteiligt gewesen sein: In deutschen Atomkraftwerken soll seit Jahren, wahrscheinlich seit 2002, russisches Uran aus Militärbeständen verwendet worden sein. 2002 wurde die internationale Abrüstung bei einem G8-Gipfel beschlossen. Aber wohin mit den alten Atombomben? 2004 kam es zu einem Geheimgespräch im Berliner Büro der EnBW mit Putins Vertrautem Waleri Bogomolow, der um ein Treffen mit deutschen Atommanagern gebeten hatte. Andrej Bykow war bei diesem Treffen auch anwesend und vermittelte wahrscheinlich auch den Termin. Während des Treffens sprach Bogomolow Gefahren in der russischen Atomindustrie an und bat die deutschen Atomkonzerne um

Hilfe. Der Abfall aus den ehemaligen Bomben könne gut in deutschen Kernkraftwerken gebraucht werden. So wurde die Verwendung von russischen Brennelementen in deutschen Atomkraftwerken beschlossen. Die Kernkraftwerke Obrigheim und Neckarswestheim (beide EnBW), Brokdorf und Unterweser (beide Eon), sowie das von RWE und Eon betriebene Kraftwerk Grundremmingen wurde mit dem besonderen Uran aus Russland befeuert. EnBW gibt lediglich an, ein solcher Einsatz wäre möglich und gibt den tatsächlichen Einsatz aber nicht zu. Aber wieso diese Diskretion: Aus internen EnBW-Papieren geht hervor, dass das Thema Abrüstung strategisch genutzt werden sollte. Die Uranbrennelemente, die der Abrüstung dienen, geben noch Strom für viele Jahre, weshalb die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke neu verhandelt werden sollten. Das Vorhaben, Atomkraftwerke im Dienste der Abrüstung zu nutzen, gefiel den meisten Politikern zu der Zeit gut. Laut einem Bericht der Süddeutschen Zeitung schrieb der Chef der EnBW-Kraftwerke AG, Michael Glaßner an den damaligen EnBW-Vorstandsvorsitzenden Gerhard Goll: "*Überraschenderweise gibt es bei den Grünen dank guten Lobbyings durch die richtigen Leute eine vergleichsweise hohe Akzeptanz*". (...) *Die Bundesregierung weiß allerdings nicht, dass die Zeiträume, die benötigt werden, um all das russische Plutonium in Reaktoren zu verbrennen, doch deutlich länger sind, als die 'Restlaufzeiten' des* *Energiekonsenses, sodass hieraus der Druck auf eine Verlängerung der Laufzeiten entstehen wird.*" ^[20] Die Geheimhaltungsstrategie des Konzerns gegenüber der Bundesregierung ist skandalös. Erschütternd ist auch die Überzeugung, die Politiker durch Lobbying fest im Griff zu haben. Fragwürdig und problematisch ist auch die Geheimhaltung vor den Stromverbrauchern und Stromverbraucherinnen, die nicht wussten, dass sie durch die Nutzung ihrer Steckdosen zur internationalen Abrüstung beitragen. EnBW kommentierte den Bericht und verwahrt sich gegen den Vorwurf einer pauschalen Täuschung.

Im Falle von EnBW verschaffte Andrej Bykow dem Konzern die russischen Uranbrennelemente aus dem Militärbetrieb. ^[21], ^[22]

Weiterführende Informationen

- Markus Balsler und Uwe Ritzer: Lobbykratie: Wie die Wirtschaft sich Einfluss, Mehrheiten und Gesetze kauft. München 2016. Die Autoren schildern im 2 Kapitel des Buches die Vorgänge um den Konzern EnBW.

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Homepage der OEW-Energie](#), abgerufen am 12.09.2012
2. ↑ [Pressemitteilung der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
3. ↑ [Pressemitteilung der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
4. ↑ [Pressemitteilung der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
5. ↑ [bigbrotherawards.de](#) Preisträger 2008, abgerufen am 09.05.2017
6. ↑ [Homepage der EnBW](#), abgerufen am 12.09.2012
7. ↑ [handelsblatt.de vom 12.06.2012](#), abgerufen am 17.09.2012

8. ↑ [Finanzausschuss im Landtag - EnBW-Einstieg kostet sechs Milliarden](#), Stuttgarter Zeitung vom 14. Dezember 2010, abgerufen am 12. Juli 2012.
9. ↑ [Konzern-Übernahme: Mappus wickelte EnBW-Deal mit CDU-Freund ab](#), spiegel-online vom 10. Dezember 2010, abgerufen am 1. Februar 2011
10. ↑ [EnBW-Deal: Mappus soll vor dem Landtag gelogen haben](#), spiegel-online vom 31. Januar 2011, abgerufen am 1. Februar 2011
11. ↑ [Ermittlungen gegen Mappus und Notheis - Schlimmer kann es nicht mehr kommen](#), Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 11. Juli 2012, abgerufen am 12. Juli 2012.
12. ↑ [Notheis und die EnBW-Affäre - Der Mappus-Flüsterer](#), Frankfurter Rundschau vom 25. Juni 2012, abgerufen am 12. Juli 2012.
13. ↑ [E-Mail von Notheis an Mappus vom 22. November 2010](#), Kontext: Wochenzeitung, abgerufen am 12. Juli 2012.
14. ↑ [EnBW-Deal: Mappus entgeht Anklage](#), Der Spiegel, 29. Oktober 2014, zuletzt aufgerufen am 30.5.2016
15. ↑ [stuttgarter-zeitung.de vom 05.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
16. ↑ [Stellungnahme der EnBW](#), abgerufen am 17.09.2012
17. ↑ [sueddeutsche.de vom 20.03.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
18. ↑ [handelsblatt.de vom 07.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
19. ↑ [handelsblatt.de vom 12.07.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
20. ↑ [sueddeutsche.de vom 15.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
21. ↑ [sueddeutsche.de vom 15.09.2012](#), abgerufen am 17.09.2012
22. ↑ [sueddeutsche.de vom 26.06.2012](#), abgerufen am 17.09.2012

BMW

Die **Bayerische Motoren Werke Aktiengesellschaft (BMW AG)** mit Sitz in München ist das Mutterunternehmen des BMW Konzerns (BMW Group). Im Konzern werden Autos (Marken: BMW, MINI und Rolls-Royce Motor Cars) sowie Motorräder produziert. Der weltweite Umsatz lag 2016 bei 94 Mrd. Euro; die Zahl der Mitarbeiter betrug ca. 124.000 ^[1]

Die BWM-Großaktionärsfamilie Quandt/Klatten gehört zu den größten Parteispendern in Deutschland. Der BMW Konzern stellte bis 2013 über viele Jahre den Parteien regelmäßig Dienstwagen zur Verfügung, die als Parteispenden ausgewiesen wurden. Seit 2013 sponsert der Konzern einzelne Veranstaltungen, wie die Parteitage von CDU, CSU und SPD. Mit der Umstellung von [Parteispenden](#) auf [Parteisponsoring](#) werden die Spenden für die Öffentlichkeit undurchsichtiger.

BMW	
Branche	Automobilwirtschaft
Hauptsitz	München
Lobbybüro Deutschland	Unter den Linden 42, 10117 Berlin
Lobbybüro EU	Boulevard de Waterloo 25, 1000 Brüssel
Webadresse	www.bmwgroup.com

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbytätigkeit	32
1.1 Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel	32
1.2 Lobbyisten	33
1.3 Beziehungen zur CSU	33
1.4 Parteispenden	33
1.5 Parteisponsoring	34

2 Fallbeispiele und Kritik	34
2.1 Schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz	34
2.2 Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung	35
2.3 Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor	35
2.4 Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW	36
3 Gesellschafterstruktur	36
4 Leitungsgremien	36
5 Mitgliedschaften	36
6 Stiftungen	36
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	37
8 Einzelnachweise	37

Lobbytätigkeit

Lobbytätigkeit der deutschen Autoindustrie in Brüssel

Die Autobauer nehmen über "Expertengruppen" und ihre Verbände direkten Einfluss auf die Gesetzgebung in Kommission und Parlament. ^[2] 2007 erhielt die VW-Tochter Porsche gemeinsam mit Daimler und BMW für eine gemeinsame Kampagne, deren Ziel die Verwässerung und Verzögerung von verpflichtenden CO2-Reduktionszielen war, den „Worst EU Lobbying“ Award. ^[3]

Lobbyausgaben, Lobbyist*innen und Zahl der Treffen mit der EU-Kommission

Unternehmen /Verband	Ausgaben für Lobbytätigkeit in Mio. Euro	Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen	Zahl der Lobbyist*innen (Vollzeitäquivalent)	Zahl der Treffen mit der EU-Kommission
Volkswagen AG	3,13	4	19,25	81
Daimler	2,13	5	8,5	44
BMW	1,38	0	4,5	63
Verband der Automobilindustrie (VDA)	1,63	0	13	50
Summe	8,27	9	45,25	238

Quellen: ^{[4][5][6][7]} (Stand der Angaben: 09/2021)

Anmerkungen:

(1) Ausgaben für Lobbytätigkeit: Bei von-bis-Angaben wird der Mittelwert genannt. Die Lobbyausgaben werden pro Jahr angegeben: Volkswagen AG (2019), Daimler (2020), BMW (2020), VDA (2019).

(2) Lobbyist*innen: Im EU Transparenz-Register wird die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen und die Zahl der Lobbyist*innen (absolut und umgerechnet auf Vollzeitstellen) veröffentlicht. Die Anzahl der akkreditierten Lobbyist*innen entspricht hierbei denen, die einen Ausweis und somit Zugang zum EU-

*Parlament haben. Laut Erläuterungen bei [LobbyFacts](#) ist die Zahl der akkreditierten Lobbyist*innen eine exakte Größe, die aus Unterlagen des EU-Parlaments ermittelt wird. In ihr sind jedoch die nicht-akkreditierten Lobbyist*innen nicht enthalten. Die Zahl der Lobbyist*innen wird aufgrund der Angaben der betreffenden Organisationen ermittelt und ist nicht durchgehend genau, weil die Zahl der an der Lobbyarbeit beteiligten Personen oft nach unterschiedlichen Kriterien berechnet wird. Die Zahl der Lobbyist*innen kann deshalb nur näherungsweise angegeben werden.*

Entsprechende Angaben für Deutschland sind nicht zugänglich, weil es kein verpflichtendes [Lobbyregister](#) gibt. In den Koalitionsvertrag von Januar 2018 ist die Einrichtung eines Lobbyregister nicht auf Grund des Widerstands von CDU/CSU nicht eingegangen. Zur Bundestagswahl 2017 hatte LobbyControl eine Aktion gestartet: [Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!](#).

Lobbyisten

- **Maximilian Schöberl** (CSU), Leiter Konzernkommunikation und Politik, ehem. Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der CSU in München^[8]
- **Frank Beust**, Leiter Konzernrepräsentanz Brüssel

Beziehungen zur CSU

- Der Cheflobbyist **Maximilian Schöberl** (CSU) war Leiter der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Münchner CSU
- Das Vorstandsmitglied Milagros Caina-Andree ist Mitglied des Geschäftsführenden Präsidiums des [Wirtschaftsbeirat Bayern](#) (auch Wirtschaftsbeirat der Union genannt), dem Interessenverband CSU-naher bayerischer Unternehmen^[9]

Parteispenden

BMW und die Eignerfamilie Quandt/Klatten gehören zu den größten Parteispendern in Deutschland. Seit dem Jahr 2000 spendeten der Konzern und die Eignerfamilie insgesamt 10.966.075,52 Euro an CDU, CSU, FDP, SPD und Grüne. Die Summe verteilte sich auf die Parteien wie folgt:

Empfänger	Betrag in Euro
CDU	5.025.345,54
CSU	1.899.269,23
FDP	2.198.786,42
SPD	1.347.213,55
Grüne	495.460,78

Die Spenden sind im Einzelnen über die [Parteispenden-Datenbank](#) recherchierbar.

Im Oktober 2013 spendete die Familie Quandt/Klatten insgesamt 690.000 Euro an die CDU und 210.000 Euro an die FDP.^[10] Obwohl die Spenden bereits im Frühjahr des Wahljahres 2013 versprochen worden waren, wurden sie erst nach der Bundestagswahl ausgezahlt - und damit auch erst nach der Wahl veröffentlicht.^[11] Eine öffentliche Diskussion über die Spenden während des Wahlkampfs wurde so vermieden. Die Spenden kamen fast gleichzeitig mit einer politischen Entscheidung über EU-Grenzwerte für den CO₂-Ausstoß von Autos. In den beiden auf die Skandalspende folgenden Jahren verzichtete die Familie Quandt/Klatten auf Parteispenden; in den Jahren 2016-2018 spendete sie insgesamt 704.801 € an CDU und FDP.

BMW stellte CDU/CSU, SPD, FDP und Grünen zudem über viele Jahre einen Fuhrpark zur Verfügung. Dies geschah kostenlos und wurde jeweils als Parteispende ausgewiesen.^[12]

Parteisponsoring

Im Jahr 2013 änderte BMW sein Verfahren zur Parteienunterstützung und unterstützt seither „die gesellschaftspolitische Arbeit der Parteien durch einzelne themenbezogene Kooperationen“^[13]. So sponserte der Konzern 2014 u.a. die Parteitage von CDU, CSU und SPD, die Denkfabrik Sachsen (CDU), die Landesversammlung der CSU-Frauen-Union und der CSU-Mittelstands-Union sowie die Jubiläumsfeier "40 Jahre Seeheimer Kreis" (SPD). Da die Parteien weder die Herkunft noch die Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen müssen, wird die Höhe der Zuwendungen durch eine solche Umstellung von Parteispenden auf Parteisponsoring für die Öffentlichkeit undurchsichtig. Denn die Parteien müssen weder die Herkunft noch die genaue Höhe der Sponsoringausgaben in ihren Rechenschaftsberichten ausweisen.

Fallbeispiele und Kritik

Schwere Vorwürfe im Zusammenhang mit dem Lieferkettengesetz

BMW bezieht vom marokkanischen Rohstoffkonzern [Managem](#) Kobalt für seine Elektroautos. Es besteht der Verdacht, dass aus der Mine Bou Azzer (Marokko) große Mengen giftiges Arsen in die Umwelt gelangen. Dies ergaben Recherchen von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung gemeinsam mit [Reporterre](#) und [Hawamich](#) (Marokko). Außerdem soll der internationale Standard zum Schutz von Arbeitern nicht eingehalten und gegen kritische Gewerkschaften vorgegangen werden.

In Bou Azzer werden Erze gefördert, die neben Kobalt auch Arsenid enthalten. Kommt dieser Stoff mit Wasser in Kontakt, wird er zu hochgiftigem Arsen. Die Arsenkonzentration liegt in einem Flussbecken unterhalb der Mine bei 18 000 Mikrogramm/Liter, der Grenzwert der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegt bei 10 Mikrogramm/Liter. Das Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung/Wasseranalytik in Magdeburg untersuchte Wasserproben, die zehn Kilometer von der Mine entfernt genommen wurden und noch eine um das 40-fache erhöhte Arsen-Konzentration aufwiesen, wie "Die Tagesschau" berichtete.^[14]

Sollten sich diese Vorwürfe bestätigen, gerät BMW mit dem Lieferkettengesetz in Konflikt. Auch der formulierte Nachhaltigkeitsanspruch würde sich als unglaubwürdig erweisen. „Die BMW Group kauft Kobalt direkt bei Rohstoffproduzenten in Marokko und Australien ein (...). Somit stellen wir die Rückverfolgbarkeit (100 Prozent Mass Balance) des Kobalts sicher, und setzen uns bereits beim Abbau in der Mine für die Einhaltung von Umweltstandards und Menschenrechten ein.“^[15]

Des Weiteren wurden Verstöße gegen das Arbeitsrecht festgestellt.

- ungenügende Schutzausrüstungen
- keine Schulung oder Aufklärung über Risiken
- keine soziale Absicherung bei berufsbedingten Erkrankungen
- Verträge mit besonders kurzer Laufzeit

Der Zulieferer Managem weist für sich und seine Subunternehmen alle Vorwürfe, speziell auch die der Süddeutschen Zeitung, zurück. ^[16]

Ein BMW-Sprecher erklärte lt. "Tagesschau"^[17], man nehme die Vorwürfe ernst und werde eine umfassende Prüfung vornehmen.

Lobbyarbeit der deutschen Automobilindustrie gegen nationale und europäische Klimaregulierung

Einem Bericht des Thinktanks *InfluenceMap* zufolge, hat sich die deutsche Automobilindustrie mit Lobbyarbeit und „grünen“ PR-Kampagnen gegen Klimaregulierungen auf deutscher und europäischer Ebene eingesetzt. Den drei größten Autobauern, BMW, Volkswagen und Daimler sowie den Industrieverbänden, Verband der Automobilindustrie (VDA) und European Automobile Manufacturers Association (ACEA), stehe dabei ein jährliches Lobbybudget von 10 Millionen € zur Verfügung. Die Positionen von Unternehmen und Verbänden unterscheiden sich jedoch grundlegend, wie am Beispiel von VW deutlich wird. Während VW eine zunehmend aufgeschlossene Position im Bereich Klimaschutzregulierung vertrete, würden BMW, der VDA und der ACEA mit Lobbyarbeit versuchen, klimapolitisch wirksame Maßnahmen, wie Emissionsstandards oder einen Ausstieg des Verbrennungsmotors zu schwächen. ^[18] So hatte sich etwa der BMW-Vorstandsvorsitzende und gleichzeitiger Präsident des ACEA, Oliver Zipse, bei einem Treffen mit der EU-Verkehrskommissarin Adina Vălean gegen Vorschriften zur Abschaffung des Verbrennungsmotors ausgesprochen. ^[19] Diese Haltung widerspreche dem Inhalt von PR-Kampagnen, in denen BMW mit „nachhaltiger Mobilität“ wirbt, so die Kritik in dem Bericht. Auch der VDA hatte sich in einem Schreiben an den Vizepräsidenten der EU-Kommission, Frans Timmermans, ausdrücklich gegen ein Verbot von Fahrzeugen mit Verbrennungsmotor positioniert. ^[20] Insgesamt könnten sich vereinzelt positive Anstrengungen der deutschen Autobauer im Bereich Klimaschutz nicht durchsetzen, wenn sich die Industrieverbände des VDA und des ACEA, welche die Interessen der deutschen Autokonzerne vertreten, diesen entgegenwirken. ^{[21][22]}

Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor

BMW war einer der Gründer des Lobbyvereins Europäische Forschungsvereinigung für Umwelt und Gesundheit im Transportsektor (EUGT), der fragwürdige Experimente in Auftrag gegeben hat, um die angebliche Unbedenklichkeit von Dieselaabgasen zu beweisen. ^[23]

Intervention des bayerischen Ministerpräsidenten Seehofer (CSU) zugunsten von BMW

Nach Recherchen der Süddeutschen Zeitung intervenierten Horst Seehofer (CSU) und die bayerische Staatskanzlei nach dem Bekanntwerden der Abgasaffäre wiederholt beim Bundeskanzleramt mit dem Ziel, BMW und andere deutsche Autobauer vor strengen EU-Abgasregelungen zu schützen.^[24] So habe die Staatskanzlei am 27. Oktober 2015 dem Kanzleramt ein Positionspapier mit der Bitte um „vertrauliche Behandlung“ geschickt, das unter Punkt drei „die wichtigsten Forderungen der BMW Group“ enthielt. Die EU-Staaten verständigten sich am 28. Oktober 2015 auf weniger strenge Abgasregeln als zuerst geplant. Was in Brüssel beschlossen wurde, entspricht laut SZ bis ins Detail dem, was BMW durchsetzen wollte. BMW erklärte gegenüber der SZ, nur das was verlangt zu haben, was die ganze Branche gewollt habe und was technisch möglich sei.

Gesellschafterstruktur

Großaktionäre von BMW sind nach dem Tod von Johanna Quandt am 3. August 2015 deren Kinder Stefan Quandt mit knapp 26 Prozent und Susanne Klatten mit knapp 21 Prozent.^[25]

Leitungsgremien

Vorstand: Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Vorsitzender des Vorstands ist Harald Krüger. (Stand August 2017).

Aufsichtsrat: Die Mitglieder des Aufsichtsrats sind [hier](#) abrufbar. Mitglieder sind u.a.: **Norbert Reithofer** (Vorsitzender) sowie die Großaktionäre **Stefan Quandt** (Stellv. Vorsitzender) und **Susanne Klatten**.

Mitgliedschaften

BMW ist Mitglied in den folgenden Organisationen:

- [Verband der Automobilindustrie](#) (VDA)
- [European Automobile Manufacturers Association](#) (ACEA)
- [Forum for the Automobile and Society](#)

Stiftungen

Die folgenden Stiftungen sind mit BMW und der Familie Quandt/Klatten vernetzt:

- [BMW Stiftung Herbert Quandt](#) (Stifter: BMW; Mitglied des Kuratoriums ist u. a. Stefan Quandt)
- [Johanna-Quandt-Stiftung](#) (Stifterin: Johanna Quandt; Mitglieder des Kuratoriums sind u.a. Stefan Quandt und Roland Tichy, Vorsitzender des Vorstands der [Ludwig-Erhard-Stiftung](#) und Kuratoriumsmitglied der [Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung](#))
- [Herbert Quandt-Stiftung](#) (Stifterinnen: Altana AG/Susanne Klatten; Mitglied des Stiftungsrats ist u. a. Susanne Klatten)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Die BMW GROUP in Zahlen](#), bmwgroup.com, abgerufen am 31.07.2017
2. ↑ [Die Macht der deutschen Autolobby in Brüssel](#), lobbycontrol.de vom 21.09.2015, abgerufen am 15.10.2015
3. ↑ [Die Gewinner der Worst Eu Lobbying Awards sind...](#), lobbycontrol.de vom 04.12.2007, abgerufen am 27.07.2017
4. ↑ [Volkswagen Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
5. ↑ [Daimler Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
6. ↑ [Bayerische Motorenwerke Aktiengesellschaft](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
7. ↑ [Verband der Automobilindustrie](#), lobbyfacts.eu, abgerufen am 15.09.2021
8. ↑ [Personal Profile](#), bmw-stiftung.de, abgerufen am 31.07.2017
9. ↑ [Präsidium](#), wbu.de, abgerufen am 01.08.2017
10. ↑ [Deutscher Bundestag Parteispenden](#), abgerufen am 15.05.2017
11. ↑ [„BMW hat Merkel im Sack“](#), Handelsblatt.de vom 15.10.2013, abgerufen am 15.05.2017
12. ↑ [Großzügige Autobauer](#) Süddeutsche.de vom 07.02.2011, abgerufen am 15.05.2017
13. ↑ [Rechenschaftsberichte: Wer finanzierte den Wahlkampf 2013?](#) lobbycontrol.de vom 29.03.2015, abgerufen am 13.02.2018
14. ↑ [Umweltstandards BMW Zulieferer](#) tagesschau.de vom 12.11.2023, abgerufen am 16.11.2023
15. ↑ [PDF Grundsatzerklärung](#) bmwgroup.com , abgerufen am 06.12.2023
16. ↑ [News](#), managemgroup.com vom 19.11.2023, abgerufen am 06.12.2023>
17. ↑ [Umweltstandards BMW Zulieferer](#) tagesschau.de vom 12.11.2023, abgerufen am 16.11.2023
18. ↑ [German Automakers and Climate Policy. German automakers dominate the fight to weaken climate regulation. An InfluenceMap Report, November 2021. S. 13f.](#)
19. ↑ ebd., S. 4
20. ↑ ebd., S. 13
21. ↑ [Deutsche Autobauer dominieren den Kampf gegen nationale und europäische Klimaregulierung](#) influencemap.org, abgerufen am 18.11.2021
22. ↑ [Thinktank: Deutsche Autobauer bremsen Verkehrswende aus](#) n-tv.de, vom 11.11.2021, abgerufen am 18.11.2021
23. ↑ [Bundesregierung muß Autolobby endlich besser kontrollieren](#), lobbycontrol.de vom 29.01.2018, abgerufen am 04.02.2018
24. ↑ [Wie Seehofer geplante Abgasregelung torpedierte](#), sueddeutsche.de 23.09.2016, abgerufen am 15.05.2017
25. ↑ [BMW Quandt-Kinder erben Anteile gemeinsam](#), Wirtschaftswoche online vom 11. August 2015, abgerufen am 15.05.2017